

Dresdner Volkszeitung

Bürogeschäftsort: Dresden,
Kaben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bürogeschäftsort:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Bezugspreis einschließlich Beingselbst mit den wöchentlichen Beiträgen „Nach der Arbeit“ und „Volk und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 10 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 26 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Einzelnepreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompatellezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Mellamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 15 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Werbeleichte 40 Prog. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 150

Dresden, Montag den 30. Juni 1924

35. Jahrg.

Die Schluss-Militärkontrolle

Die deutsche Regierung stimmt der abschließenden Maßregel zu

Die deutsche Antwort auf die Militärkontrolle ist eine Note der Entente-Politikerkonferenz, die am Montag in Paris und London überreicht wurde, erläutert in ihrer Einleitung, die deutsche Regierung habe volles Verständnis für den Wunsch, die internationale Lage nicht gerade in dem Augenblick zu belasten, wo sie bei einer schnellen Durchführung des Sachverständigenratswesens die Hoffnung aufzuweisen läßt. Dass eine endgültige Regelung der Reparationsfrage und damit zugleich die Grundlage eines allgemeinen und wirklichen Friedens zwischen den beteiligten Völkern gefunden werden kann.

Die Note erklärt dann: Es ist eine irrtige Auffassung, wenn in den alliierten Ländern geglaubt wird, daß in Europa neue bewaffnete Konflikte zu befürchten seien durch die zunehmende Aktion deutscher Organisationen, die mehr oder weniger offizielle Vorbereitungen tragen. Die deutsche Regierung kann und will nicht in Zweck stellen, daß sich in Deutschland zahlreiche Organisationen befinden, die sich

die körperliche Erziehung der deutschen Jugend

für Aufgabe seien. Diese Organisationen gehen bei ihren Beschreibungen von dem Gedanken aus, daß die frühere allgemeine Wehrpflicht nicht nur einen militärischen, sondern auch einen hervorragenden ergiebigen Charakter hatte. Tatsächlich ist die Erziehung der Jugend zur Achtung vor den Gesetzen, die Ordnung und Disziplin wesentlich durch die allgemeine Wehrpflicht geschehen worden.

Manche Erscheinungen der Gegenwart, die geradezu eine Verwahrlosung der Jugend erscheinen lassen, müssen auf das Gehlen dieser militärischen Zucht und Erziehung zurückgeführt werden. Jedes Volk wird bestrebt sein, sich eine gefundene Jugend heranzubilden. Gegenüber den Gefahren, die der Entwicklung der Jugend drohen, ist die Ausbildung des Körpers die beste Verteidigung. Die große Entwicklung der sportlichen Gebiete, die in den anderen Ländern weit früher als in Deutschland vor sich gegangen ist, hat jetzt auch in Deutschland dazu geführt, daß in unserer Jugend der sportliche Geist in immer größerem Maße geprägt wird. Die sportlichen und turnerischen Vereinigungen der deutschen Jugend in Verbindung mit militärischen Vorbereitungen zu bringen, ist daher nicht berechtigt. Damit wird der Geist der hier geäußerten Erscheinungen, der der Geist jeder gebunden Nation sein muss, völlig verloren.

Das deutsche Volk lehnt den Gedanken an Krieg ab, und unter allen Kulturen besteht Einigkeit darüber, daß eine heimliche Waffenrüstung als ebenso unmöglich und nutzlos und ungünstlich anzusehen ist.

Demzufolge hat die Reichsregierung sich auch ernstlich bemüht, bei der Entwicklung gewisser politischer Verbände, die mit den Turn- und Sportvereinen nicht vereinbart werden dürfen, rücksichtslos durchzutreiben, so daß von einer ernsthaften Beweinung dieser Verbände nicht mehr die Rede sein kann.

Damit will die deutsche Regierung aber nicht vorhehlen, daß

im deutschen Volke eine tiefgehende Erbitterung über die gegenwärtige Lage in Deutschland besteht, eine Erbitterung, die sich in Protesten und Demonstrationen Luft macht. Diese Entwicklung der deutschen öffentlichen Meinung kann niemand überraschen, der sich vor Augen hält, was Deutschland in den Jahren nach dem Kriege erdulden mußte. Es liegt der deutschen Regierung fern, Wunden der Vergangenheit aufzureißen, aber sie muß darauf hinweisen, daß diese ganze Bewegung niemals eine solche Ausdehnung und niemals einen solchen Charakter erhalten hätte, wenn man Deutschland gegenüber von vornherein eine Politik der Verständigung getrieben und ihm die gleichberechtigte Mitarbeit zugestanden hätte.

Dass man dem deutschen Volk gegenüber jede Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Fähigkeiten, vor allem jede Rücksicht auf sein berichtigtes Selbstgefühl hat vermissen lassen, einem Lande, das mit demselben Stolz an seiner Geschichte hält wie andere Nationen, das konnte nicht ohne Rückwirkung riesige Maßnahmen Neuerungen von Staatsmännern der alliierten Mächte lassen darauf schließen, daß sich die Erkenntnis dieser Zusammenhänge langsam zu brechen beginnt. Mit um so größeren Rechten glaubt die deutsche Regierung ihrerseits hervorzuheben, um so müßtig, daß hier die Tatsachen der Ursachen der jüngsten Bewegung liegen, die in dem Schreiben an den Herrn Reichskanzler bestätigt werden.

Die Note weist dann darauf hin, daß Deutschlands Armee und technische Ausrüstung geringer ist als die kleineren Staaten und daß es in einer Waffenlosigkeit ohnegleichen in der Geschichte der Völker versteht. Das deutsche Volk kann es deshalb schlichternd nicht verhindern, so führt die Note fort, daß man von diesem Lande eine Bedrohung des europäischen Friedens befürchtet und derartige Befürchtungen nicht vielmehr an die Tatsachen anknüpft, daß der Gedanke der allgemeinen Abrüstung der anderen Nationen bisher keine nennenswerten Fortschritte gemacht hat.

Die öffentliche Meinung Deutschlands lehnt sich gegen eine strenge Kontrolle seitens der Internationalen Militärkontrollkommission deshalb auf, weil sie diese Kontrolle einen ständigen Einriß in die Reichsverwaltung vor Augen führt, die an sich schon etwas ganz Verlebendes hat und die wiederum im Vertrag von Versailles heute nicht mehr begründet erscheint. Sie glaubt, daß die deutsche Abstützung, soweit sie anerkannterweise zu einer bestimmten Zeit durchgeführt war, für die Internationale Militärkontrollkommission endgültig erledigt sein muß.

Zum Schluß betont die Regierung, daß sie die Kontrolle zuläßt, da die Alliierten versichert haben, daß die letzte, die abschließende Kontrolle sei.

Bei Schluß der Redaktion lag der zweite Teil der deutschen Antwortnote noch nicht vor.

Genossenschaft und Sozialismus

In den letzten Jahren haben die Arbeitermassen Deutschlands eine harte Leidenszeit durchgemacht. Unendlich schwer hat das deutsche Volk an den Nachwirkungen des Krieges, der Niederlage und des Friedensvertrages gelitten. Die deutschen Arbeiter wurden mit Löhnen abgepeist, die auch für den elendsten Kuli zu niedrig gewesen wären. Dazu kamen zeitweise Perioden großer Arbeitslosigkeit, und besonders die letzten Monate des Jahres 1923 brachten uns eine noch nie gekannte Arbeitslosigkeit und damit ein unerhörtes Massenleid, das viele hunderttausende Arbeiterfamilien dem ärgsten Hunger auslieferte. Von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre, die auf Krieg, Niederlage und Friedensvertrag zurückzuführen sind, soll aber hier nicht näher gesprochen werden. Auch vor dem Kriege, als der normale Lauf der Kapitalwirtschaft noch nicht durch den Krieg gestört war, litten die Massen auf schwerester Unter dem Mangel einer zweckmäßigen Organisation der Güterherstellung und Verteilung. Alle paar Jahre wurde unter Wirtschaft durch schwere Krisen erschüttert. Nebenbei, wo wir in die kapitalistische Gesellschaft hinsehen, finden wir eine Verschwendug von Gütern und Arbeitskräften, durch die der Erfolg der Arbeit der Völker stark beeinträchtigt wird. Nicht nur die ungerechte Verteilung des Produktionsertrages, sondern in noch viel höherem Grade die sinnlose Verwendung ist schuld daran, daß heute die proletarischen Massen ein kaum menschenwürdiges Dasein führen können. Nicht nur, daß der Proletarier, auch wenn er Arbeit hat, kaum so viel verdient, daß er seine wichtigsten Bedürfnisse befriedigen kann, seine Existenz ist meist nicht einmal gesichert. Er muß jederzeit fürchten, daß ihm die Schwankungen der Konjunktur in Arbeitslosigkeit und damit in das Elend hinstoßen. Deswegen erfordert die Kulturbewegung des modernen Proletariats den Sozialismus. An die Stelle der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer Anarchie soll eine voraus geordnete Wirtschaft treten, in der an die Stelle des Privatbesitzes das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln tritt. Während der kapitalistischen Unternehmer in der Regel für den freien Markt produziert, oft ohne daß er vorher weiß, ob er Absatz finden kann, will der Sozialismus eine Bedarfswirtschaft aufbauen, in der alle wirtschaftliche Tätigkeit darauf gerichtet sein soll, den Bedarf aller Glieder der menschlichen Gesellschaft so gut und so zweckmäßig wie möglich zu befriedigen. Der Vermittelung des Sozialismus stehen sehr viele wirtschaftliche und politische Hemmnisse entgegen, und der Plan der sozialistischen Gesellschaft liegt nicht in seinen Einzelheiten klar vor uns. Es gilt, Erfahrungen darüber zu sammeln, wie eine sozialistische Wirtschaft am besten geschaffen und ausgestaltet werden kann. Der Versuch in Rußland, in kurzer Zeit eine sozialistische Wirtschaftsordnung aufzurichten, hat dem russischen Volke sicher nicht zum Heil gereicht. Deshalb kommt es darauf an, daß wir Schritt für Schritt versuchen, der kapitalistischen Gesellschaft Boden abzuringen. Es gibt kein Universalmittel, mit dessen Hilfe wir zum Ziel kommen können, sondern wir müssen eine Vielzahl von Mitteln anwenden. Wenig Zweck hat es darüber zu streiten, ob dieses oder jenes Mittel mehr Aussicht auf Erfolg verspricht, es ist notwendig, daß wir von jeder Möglichkeit, vorwärts zu kommen, Gebrauch machen.

Eine von den Waffen, die wir im Kampfe für den Sozialismus anwenden müssen, ist die Genossenschaft. Die Genossenschaften wollen, soweit das innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft möglich ist, schon jetzt das Prinzip anwenden, das in einer sozialistischen Gesellschaft herrschend sein soll. Sie suchen für ihre Waren nicht Absatz auf dem freien Markt, sondern sie lassen erst die Verbraucher zusammen und wollen dann deren Bedarf befriedigen. Sie haben fast überall mit der Verteilung der Waren begonnen. Zeit aber verfügen die Konsumgenossenschaften in den modernen Kulturländern, so besonders in England, Deutschland, Dänemark, Belgien, über eine große Reihe von Fabriken aller Art, Mühlen, Bäckereien und andern Produktionsstätten. In Deutschland ist die Konsumgenossenschaftsbewegung noch verhältnismäßig jung. Ihre Entwicklung ist durch die wirtschaftlichen Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit unterbrochen oder wenigstens gehemmt worden. Sowie unser Wirtschaftsleben in leidlich ruhigen Bahnen verläuft, wird die Eigenproduktion der Genossenschaft noch gewaltig erweitert werden können. Die Konsumgenossenschaften werden nicht geleistet von dem Streben nach möglichst hohem Profit, sondern eben nur von dem Ziel, den Bedarf ihrer Mitglieder so gut als möglich zu decken. Durch die Konsumgenossenschaften, auch wenn sie sich streng von aller politischen Betätigung fernhalten, wird ein Stück Sozialismus verwirklicht. Dabei bedeuten die Konsumgenossenschaften auch bei völliger politischer Neutralität eine Stütze für den politischen Kampf des Proletariats. Daß wirtschaftliche Macht auch politische Macht ist, das haben gerade die Ergebnisse der letzten Jahre so reichlich gezeigt. Je mehr sich die Arbeiterschaft auf machtvolle wirtschaftliche Organisationen stützen kann, desto größer wird auch ihre Stärke im politischen Kampfe sein.

Die Konsumgenossenschaften aber können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn ihnen durch die Massen die nötige Unterstützung zuteilt wird. Es ist der sozialistischen Sache noch wenig gedient, wenn in Versammlungen den Worten des sozialistischen Redners laufende zujubeln. Es kommt

Die neueste R.-P.-Barole

Naun Moßauer Anweisung soll in der Woche vom 27. Juli bis 4. August eine sogenannte Antifriedwoche in Szene gelegt und gleichzeitig gegen die Annahme des Sachverständigenrats ein Feldzug unternommen werden. Die nächste Anweisung dazu gibt das politische Bureau der R.P.D. heraus. Nachdem in dieser Anweisung darauf hingewiesen wird, sich mit allen Organisationen, auch bürgerlichen, die gegen einen neuen Krieg eingestellt sind, vor allem mit den verschiedenen „Solidatenorganisationen“, in Verbindung zu setzen, wobei selbstverständlich die internationale Arbeiterhilfe nicht fehlen darf, soll der Kampf gegen die verdeckte Sozialdemokratie so geführt werden:

Funktionär- und Mitgliederversammlungen in den Ortsgruppen und Distrikten mit der Tagesordnung: „Unsre Kampagne gegen das Sachverständigenrats und unsre Kampagne gegen imperialistischen Krieg und pazifistischen Schwund.“ (Aufgabe genauer Anstrengungen der Bezirksleitung.)

Besondere Referenzversammlungen, politische Durcharbeitung der Betriebszellen für die Sachverständigenratskampagne.

Gesamtbetriebszellenbildung in den größeren Ortsgruppen, Sektionerversammlungen mit den besten Referenten der Partei.

Anfang Juli: Feststellung eines Abteilungsbands mit Betriebszellenmitgliedern für den ganzen Bezirk.

b) 14. Juli bis 19. Juli.

Die Kampagne, vorbereitet durch den inneren Parteiapparat vom 30. Juni bis 12. Juli (siehe oben) wird nunmehr in die Betriebe selbst hineingebracht. Betriebsversammlungen, Betriebsratversammlungen, Eisenbahner-, Beamten-, Angestellten-, Frauen-Versammlungen gegen das Sachverständigenrats unter Ausübung der entstehenden wirtschaftlichen Bewegungen.

Kein Großkampf in ganz Deutschland darf in diesen Tagen ohne Betriebsversammlungenbleiben. Ausgabe von Material durch die Bezirksleitungen für diese Versammlungen.

c) 21. Juli bis 26. Juli.

Die Kampagne gegen das Sachverständigenrats wird in den Wohnbezirken geführt: Arbeitigkeit, öffentliche Versammlungen mit anschließenden Umzügen und speziellen Themen, zum Beispiel: Sachverständigenrats und Deutschnationalen usw.

Spätestens in dieser Woche Herausgabe des Wortblattes, des Central-Agiprop, zum Sachverständigenratskampf, und des Bildblattes zum 8. August.

d) 27. Juli bis 4. August.

Durchführung der „Internationalen Woche“.

Wir verweisen auf das Rundschreiben der Kreisleitung der Kommunistischen Internationale Nr. 1628, das an alle Ortsgruppen herausgegeben wird.

Verbindung der „Internationalen Woche“ mit einer großzügigen Werbung neuer Mitglieder für die Partei und Abonnenten für die Presse.

Durchführung eines genaueren Arbeitsplanes für die Woche durch die Bezirksleitungen, der vorher ausgearbeitet und genau durchgesprochen werden muß.

Haus-, Hof-, Straßen- und Vertriebsagitator mit Flugblättern, Transparenten, Gefangen- und Wissenskolonnen.

Aktionen, Mitglieder-, Betriebszellenmitglieder-Versammlungen und öffentliche Versammlungen zur Vorbereitung der großen Demonstration am 8. August.

Besondere Heranziehung der Arbeitervereine (Sport, Männer-, Gefangenvereine usw.) für die Demonstrationen. Vorher mit den Sportfamilien und Vereinen.

Ganz besondere Bedeutung muß in der „Woche“ auf die Zusammenarbeit mit den Kriegsbeschädigtenorganisationen gelegt werden. Keine Demonstration ohne Vorauftreten von Kriegsbeschädigten. Keine Demonstration ohne Vorauftreten der Kriegsbeschädigten und Kriegerverbündeten.

Wir bereiteten die Organisationen der Kriegsbeschädigten

wahrscheinlich nicht um die Nutze, die ihnen als Stoßtrupp bei diesen Demonstrationen zugetragen werden.

Erinnert sei nur an die vor einem Vierteljahr erfolgte Anweisung für solche Demonstrationen, wonach auf eine gewaltlose Auseinandersetzung mit der Polizei hinzugetreten ist. Einleitend in dieser Anweisung heißt es dann auch: „Die Woche darf unter keinen Umständen den Charakter formloser pazifistischer Demonstrationen tragen.“

Und an anderer Stelle: „Um Naun die dieser Woche muss dem imperialistischen Krieg tot und deutlich der Viererkrieg entgegengestellt werden.“

Mit anderen Worten: Die R.P.D. veranstaltet eine Woche von Provokationen, die den Viererkrieg als Ziel haben. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird dieser Politik des Wahnsinnes überall entgegentreten, wo die Möglichkeit dazu besteht.

Wir bereiteten die Organisationen der Kriegsbeschädigten

wahrscheinlich nicht um die Nutze, die ihnen als Stoßtrupp bei diesen Demonstrationen zugetragen werden.

Erinnert sei nur an die vor einem Vierteljahr erfolgte Anweisung für solche Demonstrationen, wonach auf eine gewaltlose Auseinandersetzung mit der Polizei hinzugetreten ist. Einleitend in dieser Anweisung heißt es dann auch: „Die Woche darf unter keinen Umständen den Charakter formloser pazifistischer Demonstrationen tragen.“

Und an anderer Stelle: „Um Naun die dieser Woche muss dem imperialistischen Krieg tot und deutlich der Viererkrieg entgegengestellt werden.“

Mit anderen Worten: Die R.P.D. veranstaltet eine Woche von Provokationen, die den Viererkrieg als Ziel haben.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird dieser Politik des Wahnsinnes überall entgegentreten, wo die Möglichkeit dazu besteht.

Wir bereiteten die Organisationen der Kriegsbeschädigten

wahrscheinlich nicht um die Nutze, die ihnen als Stoßtrupp bei diesen Demonstrationen zugetragen werden.

Erinnert sei nur an die vor einem Vierteljahr erfolgte Anweisung für solche Demonstrationen, wonach auf eine gewaltlose Auseinandersetzung mit der Polizei hinzugetreten ist. Einleitend in dieser Anweisung heißt es dann auch: „Die Woche darf unter keinen Umständen den Charakter formloser pazifistischer Demonstrationen tragen.“

Und an anderer Stelle: „Um Naun die dieser Woche muss dem imperialistischen Krieg tot und deutlich der Viererkrieg entgegengestellt werden.“

Mit anderen Worten: Die R.P.D. veranstaltet eine Woche von Provokationen, die den Viererkrieg als Ziel haben.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird dieser Politik des Wahnsinnes überall entgegentreten, wo die Möglichkeit dazu besteht.

Wir bereiteten die Organisationen der Kriegsbeschädigten

wahrscheinlich nicht um die Nutze, die ihnen als Stoßtrupp bei diesen Demonstrationen zugetragen werden.

Erinnert sei nur an die vor einem Vierteljahr erfolgte Anweisung für solche Demonstrationen, wonach auf eine gewaltlose Auseinandersetzung mit der Polizei hinzugetreten ist. Einleitend in dieser Anweisung heißt es dann auch: „Die Woche darf unter keinen Umständen den Charakter formloser pazifistischer Demonstrationen tragen.“

Und an anderer Stelle: „Um Naun die dieser Woche muss dem imperialistischen Krieg tot und deutlich der Viererkrieg entgegengestellt werden.“

Mit anderen Worten: Die R.P.D. veranstaltet eine Woche von Provokationen, die den Viererkrieg als Ziel haben.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird dieser Politik des Wahnsinnes überall entgegentreten, wo die Möglichkeit dazu besteht.

Wir bereiteten die Organisationen der Kriegsbeschädigten

wahrscheinlich nicht um die Nutze, die ihnen als Stoßtrupp bei diesen Demonstrationen zugetragen werden.

Erinnert sei nur an die vor einem Vierteljahr erfolgte Anweisung für solche Demonstrationen

darauf an, daß jeder bestrebt ist, praktische Arbeit für den Sozialismus zu leisten. Das aber kann jeder Proletarier, ohne daß er nennenswerte Opfer zu bringen braucht, indem er seinen Bedarf nach Möglichkeit bei seiner Konsumgenossenschaft deckt, statt bei irgendwelchen privatkapitalistischen Unternehmen. Besonders die Frauen können hier mit beitragen zur Schaffung einer neuen besseren Welt. Das Proletariat wird nur dann siegen, wenn die Massen bereit sind, nicht nur bei großen politischen Aktionen, sondern auch tagaus, tagein im kleinen für den Sozialismus zu wirken. Wer bei dieser Kleinarbeit mithilft will, muß auch das kleinste tun, um die Genossenschaften zu festigen und zu stärken.

Die bayerische Ministerpräsidentenwahl

München, 28. Juni. (Eig. Draht.) Am Sonnabendvormittag hat der bayerische Landtag programmgemäß die Wahl des Abg. Dr. Held, des Führers der Bayerischen Volkspartei, zum Ministerpräsidenten vorgenommen. An der Abstimmung beteiligten sich von insgesamt 129 Abgeordneten nur 107. Von diesen stimmten 68 für Held, 39 gaben weiße Käppel ab. Damit war Held gewählt, denn die Verfassung schreibt vor, daß der Ministerpräsident die Mehrheit der Stimmen der gelegtmäßigen Abgeordnetenzahl haben muß. Seine Mehrheit ist allerdings außerordentlich gering, sie beträgt nur vier Stimmen, wobei zu beachten ist, daß die drei Zentrumsländer für ihn gestimmt haben. Die weißen Käppel stammten von den Sozialdemokraten, Demokraten und Wölflichen. Die Kommunisten beteiligten sich nicht an der Wahl. Die fünf anwesenden Kommunisten sahen die Wahlhandlung dadurch zu fören, daß sie während des Wahlakts sofortige Verabschiedung über ihren Antrag auf Entlassung des kommunistischen Abg. Grönfelder aus der Staatschaft verlangten. Der Präsident sah sich genötigt, dem kommunistischen Redner das Wort zu entziehen, und als das nichts fruchte, vertagte er die Sitzung auf eine Wochensammlung, so daß der Kommunist seine Rede vor leeren Bänken zu Ende führen mußte. Die Wahl selbst verlief dann in der zweiten Sitzung ohne Störung. Dr. Held nahm die Wahl an und erklärte, die Mitglieder seines Kabinetts und sein Regierungsprogramm in der nächsten Landtagssitzung am Mittwoch den 2. Juli bekanntzugeben. Am 8. Juli wird er an der Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin teilnehmen, so daß die politische Aussprache im Landtag erst Ende der nächsten Woche beginnen kann. Es ist bereits festgelegt, daß dabei alle die Zusatzpflege betreffenden Fragen und Interpellationen getrennt von der allgemeinen Aussprache behandelt werden.

Die alle bisherigen Versammlungen in der Börsse in den Staatsregierung zum Eingreifen in die Justiz zugunsten der verurteilten Hochverräte des 8. November 1923 zu bewegen, keinen Erfolg hatten, versucht nunmehr die Bankiersklaus des Wölflichen Blods durch Eingabe eines dringenden Gesetzentwurfes die Frage von neuem aufzurollen. Dieser Gesetzentwurf will in vier Artikeln die vollständige Straffreiheit jener Personen herbeiführen, die sich irgendwie an dem Hitler-Ludendorff-Putsch beteiligt haben. Außerdem sollen den Verurteilten sämtliche Kosten erlassen und alle Vermerke dieser Verurteilung im Strafregister gelöscht werden.

Reichstagsneuwahl in Oberschlesien

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichstag hat am Sonnabend, veranlaßt durch einen Protest der Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes, die Wahlen vom 4. Mai in Oberschlesien für ungültig erklärt. Der Kreiswahlleiter in Oppeln hatte damals den Kreiswahlvorschlag der genannten Partei nicht zugelassen, da er nur 20 Unterschriften stellte. 500 Unterschriften gefordert, so daß die Abweisung der Liste zu Unrecht erfolgt ist. Es muß also Neuwahl stattfinden. Für Oppeln waren gewählt drei Zentrumsländer, ein Deutschnationaler und zwei Kommunisten. Sie scheiden bis zur Neuwahl aus dem Reichstage aus.

Sozialdemokratischer Erfolg in Altona

Hamburg, 30. Juni. (Eig. Draht.) Bei den Magistratswahlen in Altona errangen die Sozialdemokraten einen vollen Erfolg. Während alle anderen Parteien im Verhältnis zu den Wahlen am 4. Mai einen starken Rückgang ihres prozentualen Schantels erlitten, haben die Sozialdemokraten ihren Prozentsatz wesentlich gesteigert. Bei einer schwachen Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten erhielten die Kandidaten der Sozialdemokratie 3615 Stimmen, die Kommunisten 2704, die bürgerliche Einheitsliste und die Wölflichen zusammen etwa 7420 Stimmen. Während am 4. Mai die Kommunisten 58 Proz. der sozialdemokratischen Stimmen aufzweichten, sammelten sie jetzt am Sonntag nur auf 28 Proz. und während auf 100 sozialdemokratischen Stimmen am 4. Mai 106 bürgerliche Stimmen kamen, fielen gestern auf 100 sozialdemokratische Stimmen nur 77 bürgerliche. Neben den unbefohlenen Senatoren wurde gleichzeitig für den zum Oberbürgermeister gewählten Genossen Brauer die Wahl eines Bürgermeisters vorgenommen. Gewählt wurde der von der Sozialdemokratie unterstützte Kandidat Dr. Gehr, Kiel, mit 9043 Stimmen gegenüber dem von den bürgerlichen Einheitsblöcken und den Wölflichen unterstützten Kandidat Dr. von Hansemann, Berlin, mit 7420 Stimmen.

Kundgebung der italienischen Genossen

Die Verteilung der der Sozialistischen Arbeiterinternationale angeschlossenen Sozialistischen Einheitspartei Italiens überendet uns folgende Kundgebung vom 19. d. M., die erst jetzt in Berlin eingetroffen ist:

Parteigenossen!

Giacomo Matteotti, der Sekretär der sozialistischen Einheitspartei, dessen heiliger Sifer unter Reichen befand, der tapfere und begießte Kämpfer für die Sache der Internationale, ist einem unheimlichen hinterhältigen Angriff der Faschisten zum Opfer gefallen und sicher getötet worden, obgleich uns die Mörder noch nicht seine Leiche herausgegeben haben.

Die Verantwortung für diesen Mord, der fast tödlich und bedrohlich nach dem Herzen unserer sozialistischen Organisation zielte, reicht hinauf bis in die obersten Sphären der faschistischen Partei und der faschistischen Regierung. Die Rache des faschistischen hat schon die Seele des internationalen Proletariats aufs tiefste erschüttert. Wir erfüllen hier nur die Pflicht einer offiziellen Kundgebung, indem wir den Genossen, den Brüdern der sozialistischen Internationale diese schändliche Tat anzeigen, die nur eine, die letzte Station auf dem Heidenweg ist, den das italienische Proletariat seit drei Jahren beschreitet, im Kampfe gegen eine rücksichtlose Reaktion, die außer der faschistischen Bevölkerung auch tödlig zum Werthe greift.

In unserm untrütbaren Schwergewicht der wohlartig unerschöpflichen Verlusten und nur die warme Solidarität der sozialistischen Internationale Rücksicht, deren zahloose Proletarbeutungen in der ganzen Welt den Nord brannmarken. Aber unter dem Orden brengt sich die Partei nicht. Sie schlägt ihre Ritter an und hat an Stelle unfallgefährten Genossen den weinen Augen Wasser mit dem Parteisekretariat betraut.

Wir leben bis zum Feuerwehrmarsch! Wir leben der Sozialistisch!

Der Parteisekretär: Augen Wasser.

Obstruktion der italienischen Opposition

Mailand, 28. Juni. (Eig. Draht.) In den Oppositionszeitungen wird betont, daß die Opposition nicht eher wieder an den Arbeiten des Kammer teilnehmen werde, als bis die Nationalmilitiz abgeschafft sei und Recht und Ordnung wieder im Lande herrschen. Indirekt verlangt die Opposition auch den Rücktritt Mussolinis dadurch, daß sie ihm als Ministerpräsidenten und Minister des Innern politisch und parlamentarisch für die Errichtung Matteottis in erster Linie ausdrücklich verantwortlich macht und ihm jedes Vertrauen entzieht. Die Opposition will sich nicht an der neuen Regierung beteiligen, sondern überläßt den Faschisten, Nationalen und Rechtsliberalen eine neue Regierungsbildung mit solchen Personen, die nicht kompromittiert seien. Die Opposition meint, daß schon aus Rücksicht auf die Verhandlungen mit dem Auslande eine Umbildung des Ministeriums nicht umgangen werden könne.

Dagegen berichtet man in regierungsfreundlichen Kreisen, daß, wenn Mussolini nach der Umbildung seines Kabinetts die Kammer bis zum November in die Ferien schließe und inzwischen der Nationalmilitiz ihren Verteidigungscharakter nehme und für Recht und Ordnung sorge, die Populisti, die bedeutendste Partei der Opposition, es nicht wagen würden, den Arbeiten der Kammer fernzubleiben.

Falschstenterror

Bologna, 28. Mai. (Eig. Draht.) Der seit einigen Tagen vermischte Rassismus im Parteibureau der unitarischen Sozialisten erklärt noch seiner geistigen Müßiggang, er sei auf dem Nachhauseweg von mehreren verirrten Bürgern überschlagen, auf ein Auto geworfen, verschleppt und 48 Stunden lang in ein dunkles Berlitz eingesperrt worden. Während der Verhaftung sei er wiederholt nach Parteigehirnmissen ausgefragt worden. Nachdem man ihm 150 lire, die er bei sich gehabt habe, abgenommen habe, sei er schließlich wieder mit verbundenen Augen in ein Auto geschleppt und auf offener Landstraße ausgesetzt worden.

Rom, 28. Mai. (Eig. Draht.) In Mailand wurde kurz nach Mitternacht ein Treambahnhof für die Mitglieder der sozialistischen Arbeitskammer, die von mehreren Personen überfallen und derartig geschlagen, daß er bald darauf starb. Zu diesem Zwischenfall bemerkte Weßaggero: Regierungspartei und Nationalisten werden diese Banditen als Feinde der von der Regierung angestrebten nationalen Ausbildung betrachten; eine gründliche und schnelle Säuberung ist not.

Deutschland auf der Londoner Konferenz

Paris, 30. Juni. (Eig. Draht.) Alle Gerüchte, daß die Londoner Konferenz Mitte Juli nicht stattfinden würde, sind als unrichtig zu bezeichnen. Das englische Kabinett beschäftigt sich weiter mit der Frage, welche einzelnen Staaten an der Konferenz noch geladen werden sollen. Es steht fest, daß deutsche Vertreter in London zugelassen werden, und zwar nicht nur mit beratender Stimme, sondern mit Verhandlungsberechtigung. Außer den großen Alliierten werden von den kleinen Alliierten Südbanien, Rumänien, Portugal, Tschechoslowakei und Polen vertreten sein. Die erwähnten drei Staaten haben ein

Nicht auf Reparationszahlung, die beiden leichten erhalten als Nachfolgestaaten Österreichs Schulverschreibungen für die Summen, die sie von Österreich zu fordern haben. Infolgedessen werden sie zu dieser Konferenz zugelassen werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Heerschau in Hamburg

Hamburg, 28. Juni. (Eig. Draht.) Die Ortsgruppe Hamburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hielt am Freitag ihre Gründungsfeier ab. Die Ernst-Reuter-Halle, eine ungeheure Halle im Zoologischen Garten, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Viele Tausende standen noch draußen auf der Straße. Diese Kundgebung war von so erhabender Größe und innerer Wucht, daß sie unübertroffen ist. Zwei Chöre und die Kapelle der Ordnungspolizei gaben der Kundgebung einen würdigen Rahmen. Bürgermeister Dr. Petersen begrüßte die Versammlung und fand auf dem Höhepunkt seiner Rede, den er so formuliert: "Wer Gemalt gegen die Verfassung anwendet will, der wird auf den Widerstand stoßen, der in ihrem Geiste und in ihrer Kraft liegt!", den überwältigenden Beifall der vielen Tausende. Genoss Paul Löbe hielt die im Mittelpunkt stehende Ansprache. In fröhlicher Formulierung freigerte sich die Rede, die eine Abrechnung mit den Nationalisten und ein Anfang für alle Republikaner zugleich war, zu dem hinreichenden Bekenntnis: "Wir wollen Regimenter und Brigaden zusammenstellen, die zur Republik und Verfassung wie ein Mann stehen!" Bis ins letzte und fernste Dorf sollen sie die Farben Schwarz-Rot-Gold tragen. Wir wollen unter dem Schwarzrotgoldenen Banner treten, wollen es seit Tumulten und in dem Geiste arbeiten, der in den drei Wörtern des Turnoards ruht: "Freiheit, Einigkeit, Vaterland!" Wie ein einziger Sturm drang dann das Hoch auf die Republik, das aus einem eisernen Willen geboren war, hinaus.

Vertrauensvotum für Herrriot

Paris, 29. Juni. (Eig. Draht.) Die französische Kammer stimmte am Sonnabend über den Artikel 1 und 2, die dem Finanzminister für den Wiederausbau provisorische Kredite in Höhe von 5278705185 Frank für Juli, August, September, Oktober und November 1924 zur Verfügung stellen, ab. Außerdem wurde über den Artikel 3 abgestimmt, der dem Finanzminister die Ermächtigung erteilt, 290987800 Frank für den Unterhalt der Belagstruppen im Auslande zu verausgaben. Vor der Abstimmung erfolgte, erklärte Genosse Blum, daß er und seine Freunde sich der Abstimmung enthalten würden, da sie die Republik immer bestimmt hätten. Auf Grund dessen nimmt der Ministerpräsident Herrriot das Wort und erklärt, daß er die Haltung der Sozialisten begreife. Als dann ein Abgeordneter des Nationalen Blods die Behauptung ausspielt, daß die Regierung aus ohne die Sozialisten eine Mehrheit erhalten werde, stellt der Ministerpräsident die Vertrauensfrage. Eine Anzahl Sozialisten stimmt nunmehr für den Artikel 3, um das Raub von Übertröpfungen zu schützen. Die Artikel 1 und 2 werden mit 407 gegen 27 Stimmen angenommen. Die Annahme des Artikels 3 erfolgt mit 507 gegen 26 Stimmen.

Aufwertung und Sozialdemokratie

Deutscher Reichstag

SPD. Berlin, 28. Juni.

Nach Stärkung des völkischen Helden Trippel über die bereits berichtet wurde) wird in der Tagessordnung fortgeführt. Auf Vorschlag des Ausschusses wird hierauf ohne Debatte die Einführung des Verfahrens nach hierauf ohne Debatte die Einführung des Verfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten Duckmann, Morin und Schröder beschlossen. Die vom Oberrechtsrat nachgeholte Genehmigung zur Beugervernehmung des Abg. Nöbel (Komm.) wird verworfen.

Auf der Tagessordnung steht dann die Interpellation Morell (Dem.) über die

Rolle der Ausgewiesenen

und der in den besetzten Gebieten Verblichenen. Verbunden damit wird ein Antrag des Zentrums auf Einsicht eines Sonderausschusses zur Überwachung der Fürsorge für die aus dem besetzten Gebiet Befreiten, ferner ein sozialdemokratischer Antrag auf Einsicht eines parlamentarischen Ausschusses zur Nachprüfung der Richtlinien für die Betreuung der aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen.

Abg. Morell (Dem.) begründet die demokratische Interpellation, in der darüber klage geführt wird, daß die Behelfen für Ausgewiesene ungerechtfertigt und ungerecht abgetreten sind, daß ausgewiesene Beamte abgeholt sind und daß dem Land Hessen keine Entschädigung für die zahlreichen beschlagnahmten öffentlichen Gebäude gewürdet, dann müsse ihnen der Weg möglich gehalten werden. Der Politik des neuen französischen Ministerpräsidenten Herrriot folle man nicht mit Rechtmäßigkeit überdecken, aber auch nicht mit übertriebenen Hoffnungen. Es gezeige nicht von neuem Geist, wenn heute noch Bewohner einer besetzten Stadt bestraft werden, weil sie am Sonnabendabend ihr Haus mit den Farben der deutschen Republik flaggen. Der Redner dankt unter lebhaftem Beifall den Bewohnern des besetzten Gebietes für die dem Reiche beigebrachte Treue.

Abg. Eßer (Benn.) behauptet, daß die vom Kabinett Cuno den Ausgewiesenen gegebenen Zusagen nicht gehalten worden sind. Remontierte die Rücknahmen des Reichsverfassungsministers müßten zur ernstesten Kritik herausfordern. (Lebh. Zustimmung.)

Abg. Dr. u. Dr. Dreyher (Dnl.) unterstützt den Antrag auf Einsicht eines Sonderausschusses. Das jünger leidende besetzte Gebiet müsse als Ausnahmegebiet behandelt werden.

Abg. Sollmann (Sos.):

Die Rückkehr von Hundtausenden Ausgewiesener ist das erste Anzeichen einer beginnenden Spannung zwischen Frankreich und Deutschland, die niemand mehr erachtet als die Bevölkerung am Rhein. Wir übersehen die Haltung der neuen französischen Regierung nicht. Sie ist über ein begrüßenswerter Anfang. Seit dem Rücktritt Poincaré führen wir im Rheinlande die Ansätze zu einer politischen Kultur, wie sie der beiden großen europäischen Völker würdig wäre. (Zustimmung.) Allerdings hätte man sofort nach der Beendigung des polnischen Widerstandes die Gefangnisse öffnen, die Ausgewiesenen zurückzulassen müssen. Daß es nicht geschieht, ist eine dauernde Schmach für die Regierung Poincaré. Es wäre unehrenhaft und unlogisch, zu leugnen, daß die jetzige französische Regierung ungemein leicht mit den bisherigen Methoden gebrochen hat. Als deutscher Abgeordneter sage ich der französischen Demokratie ausdrücklich Danke für ihren Mut der Menschlichkeit und politischer Klugheit. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Hoeftle schließt sich im Namen der Regierung dem Dank an die Bevölkerung des besetzten Gebietes an. Er dankt auch besonders dem Roten Kreuz für seine Betreuungsarbeit und teilt dann mit, daß General Desoutter verfügt habe, daß die aus dem besetzten Gebiet Ausgewiesenen, deren Zahl 142000 beträgt, familiär zurückkehren können, mit Ausnahme von 75 namentlich aufgeführten, meist höheren Beamten. Der Minister betont die Schwierigkeiten, die sich einer aufrechten Besiedelung des Reiches für die Bevölkerung des besetzten Gebietes entgegenstellen. Schließlich gibt er auf die einzelnen Maßnahmen der Regierung ein und spricht die Erwartung aus, daß nach dem Abzug der Regie und Besatzung schneller und wirksamer als bisher die Schäden ausgebessert werden können. Er begrüßt die Einsetzung des Sonderausschusses und erhofft von ihm ein geistiges Zusammenwirken mit der Regierung zum Wohle des besetzten Gebietes. (Beifall.)

Abg. Morin (Komm.) hält verschiedene Fälle, in denen kommunistische Arbeiter wegen ihres Kampfes gegen die Kuhbefreiung verfolgt und bestraft worden sind, während deutsche Bürgermeister, Zentrumsmänner und Deutschnationalen diese deutschen Kommunisten bei der Bevölkerung demonstrierten. (Klare und laute Rufe der Kommunisten: Schöne Patrioten, Landesverteidiger!) Abg. u. Abg. Martin (Nat.-Soz.) bezeichnet es als eine Schande, daß Deutschland sich die unerhörten Schändungen immer wieder gefallen lasse. Der Optimismus der deutschen Regierung in bezug auf Herriotics Regierungserklärung sei unzureichend.

Tomitsch schließt die Aussprache. Die Anträge werden dem neu gebildeten Sonderausschuß für das besetzte Gebiet übertragen. — Ohne Debatte werden dann die Vereinbarungen mit Estland und Litauen in dritter Lesung endgültig angenommen.

Hierauf folgt die gemeinsame Veratung der Anträge zur Aufwertungsfrage,

Aufwertungsfrage,

in denen die Änderung oder Aufhebung der Dritten Steuernovelle verlangt wird.

Abg. Berat (Nat. Soz.) begründet einen Antrag auf Aufhebung der Dritten Steuernovelle. Die darin enthaltenen Aufwertungsvorschriften sind so ungerecht, daß die meisten Schuld-

ner sich schämen, sie anzuwenden und aus Anstandsgefühl mehr ziehen. Ein Volk macht immer mehr das Gefühl, daß eine gerechte Aufwertung der durch die Inflation entwerteten Ansprüche notwendig sei. Die Sozialverträglichen betrachten die inneren Schulden Deutschlands als getilgt durch die Geldentwertung. Darum glauben sie, Deutschland so stark belasten zu können. Wir beantragen die Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung zum 31. Juli 1924 und für den 1. August ein neues Gesetz, das eine gerechte Lösung der Aufwertungsfrage bringt. Es müssen bestimmte bevorzugte Forderungen festgelegt werden, die höher aufgewertet werden. Dazu müssten alle die Zölle gehoben, in denen gesetzlicher Zwang zur Anlage in mündelichen Papieren bestand. Die Regierung muss schnell handeln, denn wer rasch gibt, gibt doppelt. (Beifall.)

Abg. Dr. Hertz (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion ist bereits vor Wochen dafür eingetreten, daß die Aufwertungsfrage möglichst bald behandelt wird, weil es notwendig ist zu prüfen, ob die großen Verträge, die ein Teil dieses Hauses den Inflations-Geschädigten gemacht hat, jetzt eingeholt werden sollen. Die Organisationen der Inflations-Geschädigten haben vollendete Geschwürze aufgearbeitet. Keine Partei, insbesondere nicht die deutschnationalen, hat sich indes berufen gefühlt, einen solchen Antrag anzunehmen und uns hier zu unterbreiten. Der deutschnationalen Antrag stellt das Muster eines durch sachliche Überlegungen nicht gerebten demagogischen Vorgehens

dar. Selbst die Deutsche Allgemeine Zeitung urteilt: "Wer derartige Vorschläge macht, der muß auch die Verpflichtung in sich fühlen, den Weg aufzugeben, auf dem sie durchgeführt werden können. Wer es anders macht, treibt ein Spiel mit den durch die Geldentwertung Geschädigten und nährt Hoffnungen, die sich nicht erfüllen werden." Den deutschnationalen möchte ich deshalb den guten Rat geben, jetzt baldigst einen Gesetzentwurf ausarbeiten, damit sie, wenn sie in einigen Wochen in die gläubige Lage kommen sollten, die Regierung zu übernehmen, ihre Verpflichtungen wahrnehmen können.

Jedem Opfer der Geldentwertung steht ein Gewinner am der Geldentwertung gegenüber. Das, was wir den Opfern der Geldentwertung jetzt geben wollen, müssen wir den Inflationsgewinnern nehmen. (Soz. richtig bei den Soz.) Angefangen dieser Tatsache verdient es die größte Beachtung, daß sich Reichsbund und Reichsverband der deutschen Industrie immer gegen Aufwertungsbestrebungen gewandt haben. Der deutschnationalen Antrag fordert allerdings, daß die Verträge, die für Vergünstigung und Rückzahlung der aufgewerteten Schulden erforderlich sind, nun Reiche und von der Allgemeinheit getragen werden und nicht von den Inflationsgewinnern. Das aber wäre nicht möglich ohne Störung des Gleichgewichts im Haushalt und Nützlichkeit zur Finanzierung der Inflationsteuer. Wir Sozialdemokraten werden uns aber bei der Regelung der Aufwertungsfrage davon leiten lassen, jede Gefahr einer neuen Inflation und einer neuen Erfüllung unserer Währung zu bekämpfen.

Wir Sozialdemokraten haben uns bei dem Problem der Aufwertung immer dafür eingesetzt, daß diese in erster Linie den am meisten Geschädigten, den kleinen Sparten, den Inhabern von Sparfassungshaben und Lebensversicherungsansprüchen antrete wird.

Wir Sozialdemokraten stehen in der Aufwertung zugunsten der Allgemeinheit den leichtesten, besten und gerechten Weg, um die Schäden der Inflation zu beseitigen, um den sehr starken Steuerdruck auf die Wirtschaft zu vermindern. Auf diesem Wege hätten wir die Möglichkeit, für die Inflationsgeschädigten ausreichend zu sorgen, die Kriegsopfer und Erwerbslosen vor Not und Entbehrung zu schützen. Die Sozialdemokratie, die für ihren Standpunkt keine Wertschaft gefunden hat, hat alles getan, um insbesondere die kleinen Inflationsgeschädigten vor dem völligen Niedergang zu schützen. Wenn die bürgerlichen Parteien ernstlich gewillt sind, die Inflationsgeschäden zu beseitigen, dann werden wir mit ihnen gehen, sofern die maßgebenden Kreise der Wirtschaft bereit sind, die Lasten dafür zu übernehmen. Die bürgerlichen Parteien zusammen den Deutschen werden uns an ihrer Seite finden.

Wen die Wirtschaftskreise der Industrie und der Landwirtschaft bereit sind, als Hypothekensalden die Aufwertungslasten von Hypothekenansprüchen zu tragen.

(Soz. gutl bei den Soz.) Wir werden im Ausschuß auf unsre Grundsätze zurückkommen, daß die Aufwertungsansprüche mit rückwirkender Kraft aufgehoben werden, daß eine Erhöhung des Sozialen vorgenommen ist und daß Sparfassen und Lebensversicherungsansprüche in höherer Höhe aufgewertet werden müssen. Schwieriger liegen die Dinge bei den öffentlichen Anleihen, wo Reich, Staat und Gemeinde Träger der Aufwertungslastung sind. Es ist bezeichnend, daß die deutschnationalen kein

Wort darüber sagen, wie diese Lasten bei den öffentlichen Anleihen aufgehoben werden sollen. Dabei handelt es sich nach Aussicht des Reichsfinanzministeriums bei allen öffentlichen Anleihen zusammen um einen Betrag von 104 Milliarden Goldmark. (Hört, hört bei den Soz.) Davon kommen allein auf die Kriegsanleihen etwa 50 Milliarden Goldmark. Man kann aber nicht allein die Kriegsanleihen aufheben, man muß auch bei den anderen öffentlichen Anleihen die Aufwertungsansprüche gelten lassen. (Soz. richtigl bei den Soz.) Dasselbe gilt für die Anleihen der Gemeinden.

Was bedeutet eine Aufwertung aller öffentlichen Anleihen? Wenn wir von der Tugend in den ersten Monaten vollkommen absiehen und die Aufwertung nur mit 5 Prozent vergleichen, dann ist das eine jährliche Belastung der öffentlichen Ressortschaften in Höhe von 5 Milliarden Goldmark. (Hört, hörtl) 5 Milliarden Goldmark ist der Betrag, den das Reich gegenwärtig aus allen Sozial- und Verbrauchsteuern und Zöllen zusammen aufbringt. Dabei wird mit Sicherheit ein Ausfall von einer Milliarde Mark eintreten, wenn die Steueranträge der Deutschen nationalen angenommen werden. Auch bei der Aufwertung der öffentlichen Anleihen werden wir daher die bürgerlichen Parteien vor die Frage stellen, wie die Mittel für diese Aufwertung beschafft werden sollen. Die bürgerlichen Parteien, und insbesondere die Deutschnationalen, werden uns, wenn sie nicht einer neuen Inflation die Wege ebnen wollen, neue Steuerquellen zeigen müssen, mit denen wir die Aufwertungsansprüche erfüllen können. Selbst wenn man zu der Entscheidung kommen sollte, daß die öffentlichen Anleihen aufgewertet werden müssen, dann heißt es doch für noch selbstverständlich, daß nur die ursprünglichen Zeichner Anspruch auf die Aufwertung haben. (Lobt, Lust, b. d. Soz. u. Dem.) Die Sozialdemokratie würde es moralisch und finanziell für unerträglich finden, wenn die gewissenlosen Spekulanter, die jetzt den verarmten Beziehern die Kriegsanleihen für Pfennige absauften, sie später für 10 oder 20 Prozent ihres Wertes dem Reich präsentieren könnten. Für Spekulanter darf es keine Aufwertung geben. (Lobt, Lust, b. d. Soz.)

Durch die günstige Entwicklung der Finanzverhältnisse des Reiches ist die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion glänzend gerechtfertigt worden,

die seit vielen Jahren besteht hat, daß es mit einer gewaltigen Strafanstrengung möglich ist, aus eigener Kraft die Ordnung der Finanzen durchzuführen. Demgegenüber haben alle anderen Parteien unter Führung Helfferichs immer die Aufsehung vertreten; die Finanzen in Deutschland können erst nach der endgültigen Löschung der Reparationsfrage gefunden und das Reichswirtschaft im Haushalt hergestellt werden. Ein großer Teil des Unglücks und des Unrechts der Inflation ist durch den Leichtsinn unserer Finanzpolitik heraufbeschworen worden, und es wäre verhindert worden, wenn man vor Jahren den Vorschlägen der Sozialdemokratie Rechnung getragen hätte. Seit der Stabilisierung ist auch, was wir immer vorausgesahen haben, eine geordnete Verteilung der Steuerlasten eingetreten. Die Lohnsteuer bringt gegenwärtig im Durchschnitt nur noch 50 Prozent der Einkommensteuer auf. Von der Gemeinnutzsteuer beträgt die Lohnsteuer 15 Prozent, die Umsatzsteuer 25 Prozent. Trotzdem ist der Anteil der Waffenbelastung immer noch sehr erheblich. Im Januar sind durch die Waffenbelastungen 43, im Februar 55, im März 46, im April 66, im Mai 68 Prozent, im Durchschnitt also 55 Prozent aufgebracht worden. Wir halten es für unerträglich, daß die Umsatzsteuer in ihrer jetzigen Höhe erhalten bleibt, weil das Wirtschaftsleben unter dieser Belastung der Produktion außerordentlich schwer leidet. Das Sozialverträgengesetz erkennt das an, es sagt den Herren von den bürgerlichen Parteien die stärksten Worte über die unsagbare Art ihrer bisherigen Finanzpolitik.

Die Lohnsteuer in ihrer jetzigen Höhe ist auf die Dauer nicht tragbar.

Denn durch die Belastung des Arbeitseinkommens mit anderen sozialen Abgaben, die mindestens so hoch sind wie die Lohnsteuer, hat jetzt jeder Lohn- und Gehaltsempfänger von seinem Bruttolohn 15 bis 20 Prozent, ja bis 25 Prozent zur Lohnsteuer für Krankenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso schuldbedürftig wie der Rentner sind die Erwerbslosen, die Sozialrentner, die Kranenkassen, Invaliden- und Angestelltenversicherungsbeiträge und für die Erwerbslosenversicherung zu zahlen. Dieser Zustand läßt sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten, es muß sich von uns geforderte Herabsetzung der Lohnsteuer eingetragen. (Zustimmung bei den Soz.) Ebenso

Ab 1. Juli Große Serien-Berkaufstage

großer Posten

Konfektion weit unter Preis

Skleider

| | | |
|---------|------|-------|
| Serie I | Mark | 4.95 |
| = II | = | 7.95 |
| = III | = | 9.75 |
| = IV | = | 12.50 |
| = V | = | 19.75 |

Blusen

| | | |
|---------|------|------|
| Serie I | Mark | 2.75 |
| = II | = | 3.90 |
| = III | = | 4.90 |
| = IV | = | 5.90 |
| = V | = | 6.95 |

Röcke

| | | |
|---------|------|------|
| Serie I | Mark | 2.95 |
| = II | = | 3.75 |
| = III | = | 4.75 |
| = IV | = | 6.75 |
| = V | = | 7.50 |

Mäntel

| | | |
|---------|------|-------|
| Serie I | Mark | 9.75 |
| = II | = | 12.75 |
| = III | = | 14.50 |
| = IV | = | 16.50 |
| = V | = | 19.75 |

Modell-Konfektion jetzt außerordentlich billig

Nach Möglichkeit bitte ich zum Einkauf auch die Vormittagsstunden benutzen zu wollen.

Schlesinger

Johannstraße 6 und 8

Bis zu anderweiter Regelung durch den Bezirksschulrat bleibt nach der Vereinigung der Bezirke Dresden-Mitte und Dresden-Nordstadt die Zusammensetzung der beiden Bezirksverbände, je für einen bisherigen Bezirksbereich, in Kraft. Aussonderungen sind hierauf auch die Sitze nach den bisherigen Bezirks-Steuerordnungen; weiter ist entzündlich.

Dresden, den 30. Juni 1924.

Der Vereinigungs-Kommissar:
Dr. Schulze, Amtshauptmann.

[b178]

Am Sonnabend den 28. Juni, abends 7 Uhr, veranstaltet nach Sonnenuntergang mit großer Begeisterung ein großer Freiluft- und Innenauftritt der Stadt Dresden.

Herr Hermann Chilian
Söldenbach

im Alter von 80 Jahren.

Dresden. Am dritten Freitag Dresdner Str. 35. Von Chilian z. Kinder. Die Beerdigung findet Mittwoch den 2. Juli, nachmittags 14 Uhr, vom Trauerhaus aus statt. Um sieben Uhr Beisetzung hinter dem Friedhof.

C. S. D. Regierungspräsident

Den Vorsteckmittelbeamten zur Kenntnis, daß unser alter Vorsteckgenosse Herr Hermann Chilian, nach längerer Krankheit Sonnabend gestorben ist. Dieses feine Kind ist gestorben!

Die Beerdigung findet am Mittwoch den 2. Juli, nachmittags 14 Uhr, vom Trauerhaus aus statt. Um sieben Uhr Beisetzung hinter dem Friedhof.

Allen denen, die uns durch Wort, Schrift und überall reichen Blumenstrauß bei dem Tod Herrn Moritz über alle die traurigen Worte am Ende lassen den lieben Sorgsamen von C. S. D. bestens für das letzte Geleit zu seinem ewigen Ruhefeste. Zum Gedächtnis allen Verstorbenen. Naturfreunde n. Gewerbebehörden danken Dank.

Dresden, am 30. Juni 1924.
Die Leistungskräfte Städteverwaltung, Kanzlei, Kanzlei, Schwager u. Schwägerin.

Zeitungsbefehlungen u. Anträge für die Dresdner Polizei

Polizeiposten steht Wahr, Befehlsgewalt Nr. 64.

Tägliche
Maschinenführer
für Triumphmaschine
zum sofortigen Eintritt gefordert.

Weitere der Anträge bestimmen werden für jede Person, die mit dem Guten politisch verbunden ist, und welche:

Spieldienst, Ball-Hall, K. K. Städteverw. [b187].

1000000
1000000
1000000
1000000
1000000

Laubegast.

Wiederholung und die Spieldienste sowie

Landestagung für Jugendsfürsorge

Am Sonnabend wurde in Dresden die 9. Landestagung der Zentrale für Jugendsfürsorge abgehalten, der im Auftrage des läufenden Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums Ministerialrat Dr. Mayer beimhante. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand die wichtige Frage der

Fürsorgeerziehung.

Das Referat hierzu hatte der Amtshauptmann Hartmann, Grimma, übernommen. Der Redner stellte fest, daß bisher in Fürsorgeerziehungsanstalten und besonders in der Gefährdetenfürsorge zu viel Polizeifrust und zu wenig Pädagogik obgewaltet habe. In der Anstaltsfürsorge sei nicht individuell, sondern zu schematisch verfahren worden, hauptsächlich weil es am geeigneten Anstaltspersonal gefehlt habe. Es sei so fort in die persönlichen Verhältnisse eingegriffen worden, woraus sich auch die inneren Widerstände erklärten gegen alles, was Fürsorgebeweise brachte. Hinzutome, daß unglückliche Einzelfälle verallgemeinert wurden. In den ländlichen Bezirken habe es sehr übel ausgeschaut, wenn es sich um die Ausbringung der Mittel handelte.

Durch die Eingliederung der Jugendsfürsorge in das Wohlfahrtspflegeamt sei eine Verbesserung der Verhältnisse zu erwarten. Schwer anzufüllen sein werde aber die Lücke zwischen Säugling und Schulkind. Die freiwilligen Mitarbeiter aus allen Schichten der Bevölkerung könnten nur für das Gesamtgebiet beschafft werden, nemals für ein Teilgebiet. Der größte Fortschritt des Gesetzes sei die enge Zusammenarbeit von Schayaufsicht und Fürsorgeerziehung.

Die Zusammenfassung mit den übrigen Zweigen der Fürsorgeerziehung müsse systematisch die Vorbeugung und Verhütung gegenüber der drohenden Verwahrlosung, rechtzeitiges Erlassen des Einzellehens, Fürsorgliche Behandlung auch solcher Fälle der Verwahrlosung, die nicht unter den Begriff der Fürsorgeerziehung fallen, und wirtschaftliche Handhabung der Fürsorgeerziehung unter Bewahrung vor falschen Sparmaßnahmen gewährleisten. Jeder Schwerpunkt sei auszuschließen. Insbesondere sei großer Wert zu legen auf ein Vertrauensverhältnis zwischen Fürsorgebehörden und den Vollzugsgesetzten der amtlichen Fürsorgestellen und deren freiwilligen Helfern.

Die freiwillige Wohlfahrtspflege sei in besonderem Maße bereit bei der allgemeinen vorbeugenden Arbeit zu feierlicher und sörperlicher Erziehung der Jugend, bei der Erfassung und Beurteilung des Einzellehens, bei der Gestaltung von Eltern, Fürsorger, Pflege- und Dienststellen, bei der Nachsorge und bei der Bedarf und Versiebung des Verantwortungsgefühls der Gesamtheit und jedes einzelnen gegenüber den Röthen unserer Jugend. An die Verantwortlichen, die auf dem Gebiete der Fürsorgeerziehung und besonders der Schulpädagogik tätig würden, müßten höchste Anforderungen gestellt werden; man braucht zogalbende Menschen.

In der Ansprache versprach sich Staatssekretär Pietsch von der Vereinfachung der Fürsorgeerziehung mit der allgemeinen Wohlfahrtspflege nicht viel, weil sie gegenüber den anderen Zweigen der Wohlfahrtspflege mangels von Interessenvertretungen zurückstehen werde müssen. Die Unpopulärität der Fürsorgeerziehung übertrug er hauptsächlich darauf zurück, daß es sich um Kriminalmethoden handele.

Ministerialrat Dr. Mayer vertrat demgegenüber den Standpunkt, daß die Fürsorgeerziehung im Zusammenhang mit der übrigen Wohlfahrtspflege verändert werden müsse. Ein Gebiet reiche das andere mit fürs fort. Nach seiner Meinung beruht die Unpopulärität der Fürsorgeerziehung darauf, daß sie nach der Vollsemeinung bisher erfolglos gediehen ist. Von Bedeutung sei die Einsicht darüber, daß gab damals die Bevölkerung von einigen Soldaten, die auf der Post zu tun hatten, durch die Menge. Die Soldaten waren in die Post hineingegangen und von der Post aus war die Reichswehr um Hilfe ersucht worden. Statt aber von vorneherein eine ärztliche Abteilung als Hilfe zu senden, die leicht, ohne von der Schuhwafer Gebräuch zu machen, die Soldaten hätte befreien können, beordnete die Reichswehr nur ein Auto mit 10 Mann zur Post. Dies Auto wurde nun auch benötigt, was dazu führte, daß seine Beladung in die Menge hineinfiel. Dabei gab es 18 Tote und zahlreiche Verletzte. Einige Zeit, nachdem das Auto sich entfernt hatte, kam eine größere Abteilung Reichswehr, offenbar eine ganze Kompanie, gefechtbereit herbei. Zwischen waren die Leichen zusammengebracht worden und ein Photograph war gerade damit beschäftigt, die Toten zu photographieren. Umgekehrt 120–150 Meter von dieser Stelle, wo der Photograph stand, fing nun die Reichswehr auf einmal an zu schreien, obgleich ein Sanitäter mit der blauen Flagge wünschte und die Truppe von den Mäzen, die auf dem Fußende in der Nähe der Toten standen, nicht beobachtet worden war. Von der Reichswehr wird behauptet, es wäre ein Maschinengewehr aufgestellt gewesen. Davor hat aber keiner der vernommenen Zeugen etwas gesehen, offenbar hat der Führer der Reichswehr, der den Befehl zum Schießen gab, den Photographenapparat mit einem Maschinengewehr verwechselt. Wie bisher gestellt werden konnte, ist dieser zweiten Schrecken auch wieder ein Menschenleben zum Opfer gefallen.

Sachsen

Die Sammlungen für Kunst und Wissenschaft
(Kap. 24 des Städtebauplanes) beschäftigen den Landtag in seiner letzten Sitzung. Die Berichterstatterin Frau Büttner (DZJ) beantragt die Einstellung nach der Vorlage zu genehmigen und bezeichnet dabei das Mittel, der Finanzlage des Staates entsprechend, als recht fraglich (für den wichtigsten Zweck — sozialer Ausgaben — sind nur 100 000 M. eingesetzt). Die Berichterstatterin führt dann fort: Die Gemäldegalerie wird sich durch Tausch-Vorstitute verschaffen können, und da die Frage der Galerie in dem Gebäude Parkstraße 7 nach dem nunmehrigen Abschluß mit dem Finanzministerium als gelöst betrachtet werden kann, so können die großen Bestände in den Depots nunmehr wohl nutzbar gemacht werden.

Dagegen ist die Landesbibliothek, auf die nur 80 000 M. entfallen, ziemlich ungünstig gestellt. Aus Tabellen geht

Der Eindringling

Ein spanischer Gespensterroman von Blasco Ibáñez
Copyright by Emil Zelber, Berlin

Die Minenleute flüchten und töten wie besessen und überdrücken den Chiquito, der sich jedesmal wie unter einem Peitschenhieb aufzähmte, um gleich wieder ermatzt zurückzufallen, mit den unflätigen Verwünschungen und Schimpfnahmen.

Es fehlten nur noch einige Minuten bis zum Ende der Wette. Der Chiquito hatte sein vorletzes Koch erst bis zur Mitte angebissen. Sein Gegner hatte sein letztes angefangen, ohne sich zu beeilen und ohne auszuruhen, indem er einen trüb, müden Blick umherwarf, wie der Ochse, der den ganzen Tag gepflockt hat und sich nach dem Stall sehnt.

Die Minenleute wünschten eine Katastrophe herbei, ein Erdbeben, einen Orkan, irgend etwas, das tönen gestattet hätte, von dort zu entfliehen, weit weg von den Städten der Leute. Das Schweigen, mit dem die Bauern ihrem bewußtseinslosen Siege entgegensehen, war den Bergarbeiterleuten noch lästiger als die ironischen Klüte einiger Freunden, die die Großsprecher der Bühner nachmachten und einen Duro gegen einen Real zugunsten des Guibugoners wettelten.

Der Kampf endigte ohne den Ausbruch der Begrüßung, den Krefti erwartet hatte. Die Menge stürzte sich auf den Sieger, der mit Idiotenauge um sich schlug und sich beinahe leblos in eine nahe Schänke schleppen ließ.

Der Doktor suchte seine Begleiter und fand keinen von ihnen. Sie waren alle verbüstet. Er suchte sie auf und stieß auf das Gros vor der Tür des Kasinos; sie waren im Begriff, die Wagen zu bestellen, um so bald als möglich sich dazuzunehmen, als brenne ihnen der Boden unter den Füßen. Es war eine wilde und unordentliche Flucht.

Drinnen im Casino nahm er den Chiquito auf einer Bank aufgestellt, in eine Wolldecke gehüllt, blau und schwere, fast wie ein geprägtes Kind. Einige von den Bergarbeiterleuten standen vor ihm und schauderten ihm ihre letzten Verwünschungen zu.

„Was sagen Sie dazu, Doktor?“ sagten sie in ihrem Anger zu Krefti.

Der Arzt lächelte und zuckte die Achseln. Das war vorausgesessen. Sie hatten ihren Körper zu sehr zerstört; sie hatten ihn mit Champagner traktiert und ihn seiner je-

herab, daß im Durchschnitt in Deutschland die Bibliotheken sehr verglichen mit der Vorkriegszeit 92 Prozent der in der Vorkriegszeit zur Verfügung stehenden Summen erhalten. Demgegenüber sind aber für unsre Landesbibliothek in Dresden, die 1914 55 000 M. bekam und die jetzt nur 30 000 M. bekommen soll, also nur 54 Prozent vorgesehen, somit ein sehr schlechter Prozentzähler. Noch ungünstiger ist die Lage unter Landesbibliothek aber in Wirklichkeit, denn viele von den in Frage kommenden Bibliotheken in Deutschland und in Sachsen können viel größere Summen als die vom Staat bewilligte Mittel für ihre Vermehrung verwenden, da die Einnahmen aus Benutzungsgebühren haben. Unsre Landesbibliothek, deren Besucherzahl sich von 42 000 im Jahre 1913 auf 102 000 im Jahre 1923 erhöht hat, ist den unterschiedlichsten Kreisen zugänglich, sie ist unter ihrer treiflichen Leitung nicht nur eine wissenschaftliche Bibliothek für Gelehrte und Studenten, sondern im besten Sinne des Wortes eine Volk's Bibliothek. Leiderlich ist aber eine Schädigung der etatmäßigen Mittel für diesen Haushaltplan nicht durchsetzen. So hat wenigstens der Ausschuss einen Entschließungsantrag einstimmig angenommen, der die Landesbibliothek ermächtigt, Benutzungsgebühren zu erheben und diese Summe neben den im Etat eingelegten Mitteln um Aufzufüllen zu verwenden.

Aus dem Ausschuss heraus wurde weiter der Wunsch geäußert, daß die Sammlungen auch an manchen Tagen am Nachmittag länger geöffnet bleiben möchten. Da infolge des Seamenabbaus eine beträchtliche Aufzehrzahl da ist, so wurde gewünscht, daß auf jeden Fall diese Aufzehrstellen wieder aufgefüllt werden möchten, um die nötige Sicherheit zu gewährleisten und alle Sammlungen voll eröffnen zu können.

Eine wichtige Aufgabe scheint nicht voll entsprechend bedachtigt zu sein. Es handelt sich um die Fortführung der Wiederherstellungsarbeiten am Zwinger, für die wieder 80 000 M. eingesetzt sind. Die gesamten Erneuerungskosten sind auf 1 650 000 M. geschätzt worden. Wenn wir jetzt nur mit so geringen Summen arbeiten, würde das unerschöpfliche Baumaterial wahrscheinlich in vollen Versall geraten. Andere Wege zur Aufbringung der Mittel müssen deshalb unbedingt beschritten werden. Der Verein Heimatfonds soll eine Bozinger-Lotterie veranstalten, die vorquasi 1/2 Million bringen wird. Außerdem soll die Wirtschaft der Stadt Dresden angegangen werden. Wir wünschen dringend, daß die Regierung unausgesetzt diese dringende wichtige Aufgabe im Auge behält und alles tut, um an den unerschöpflichen Baumaterialien schweren Schäden entstehen zu lassen.

Die Berichterstatterin stellte dann noch die Anfrage, ob die Regierung in Sachsen nicht auch ein Gefecht in die Woge leiten könnte, das die Lieferung von Pflichtexemplaren für die Bibliotheken ins Auge fahrt wie das in allen andern deutschen Ländern, mit Ausnahme von Westenburg, der Fall ist.

Vom Regierungsrat wurde auf die leichtere Anteitung hin geantwortet, daß bereits entsprechende Schritte eingeleitet seien.

Photographenapparat und Maschinengewehr

Am Freitag war die Untersuchungsausschüsse des Landtages in Freiberg zur Unterforschung der Schrecken, die im Herbst vorigen Jahres sich in Freiberg ereignet haben und 14 Todesopfer erforderten. Nach Vornahme einer Ortsbefragung wurden eine Anzahl Zeugen vernommen, wobei aber die Offenheit ausgeschlossen wurde. Die Zeugenbernehmungen ergaben kaum etwas, das nicht bekannt gewesen wäre. Es bestätigte sich, daß die Reichswehr in wenig zweitmäßiger Weise vorgegangen ist. Anlay zum Eingreifen der Reichswehr gab damals die Bedrängung von einigen Soldaten, die auf der Post zu tun hatten, durch die Menge. Die Soldaten waren in die Post hineingegangen und von der Post aus war die Reichswehr um Hilfe ersucht worden. Statt aber von vorneherein eine ärztliche Abteilung als Hilfe zu senden, die leicht, ohne von der Schuhwafer Gebräuch zu machen, die Soldaten hätte befreien können, beordnete die Reichswehr nur ein Auto mit 10 Mann zur Post. Dies Auto wurde nun auch benötigt, was dazu führte, daß seine Beladung in die Menge hineinfiel. Dabei gab es 18 Tote und zahlreiche Verletzte. Einige Zeit, nachdem das Auto sich entfernt hatte, kam eine größere Abteilung Reichswehr, offenbar eine ganze Kompanie, gefechtbereit herbei. Zwischen waren die Leichen zusammengebracht worden und ein Photograph war gerade damit beschäftigt, die Toten zu photographieren. Umgekehrt 120–150 Meter von dieser Stelle, wo der Photograph stand, fing nun die Reichswehr auf einmal an zu schreien, obgleich ein Sanitäter mit der blauen Flagge wünschte und die Truppe von den Mäzen, die auf dem Fußende in der Nähe der Toten standen, nicht beobachtet worden war. Von der Reichswehr wird behauptet, es wäre ein Maschinengewehr aufgestellt gewesen. Davor hat aber keiner der vernommenen Zeugen etwas gesehen, offenbar hat der Führer der Reichswehr, der den Befehl zum Schießen gab, den Photographenapparat mit einem Maschinengewehr verwechselt. Wie bisher gestellt werden konnte, ist dieser zweiten Schrecken auch wieder ein Menschenleben zum Opfer gefallen.

Volksscheid und Klein-

Das eigenmächtige Vorgehen der bürgerlichen Mehrheit im Kleinstadtparlament hat unter den Einwohnern großen Unwillen erregt. Unsre Genossen rütteln die Stimmung aus und liefern eine Liste umlaufend, in der die Auflösung des Gemeindekollegiums gefordert

sprünghafte Barbarei entstehen, und da war es denn ganz natürlich, daß er, einem Gegner gegenübergestellt, der nichts anders als die harte Arbeit im Steinbruch kannte, unterlegen mußte.

Alle fühlten den Drang, vor dem Abgehen dem Hermann alle möglichen Grobheiten zu hogen. Sie hätten sogar Lust gehabt, jenen leblosen Ballen, der zusammengeflochten auf der Bank schlummerte, zu schlagen. Sie wossern ihm den Wein und die Speisen vor, mit denen sie ihn so häufig vollgepumpt.

Hörst du, Hundeseele, was der Doktor sagt? Alles kommt von deiner eßigen Sauferei. Du wirst wohl wieder betrunken, und deshalb hast du uns verlieren lassen. Schweinehund! Schätztausend Duros, hörst du, elender Kerl! Über achtzigtausend Duros haben wir durch deine Schande verloren... Sag dich nicht mehr da unten sehen, mit Fußtritten werden wir dich empfangen.“

Ein jeder entfernte sich, nachdem er seiner Wut Lust gemacht, in toller Überstürzung, ohne auf die Begleiter Stücksicht zu nehmen, ohne daran zu denken, den Doktor einzuladen, mitzugehen. Das durchbohrende Gefühl der Niedrigkeit hatte aller Gemütllichkeit ein Ende gemacht.

Als der unglückliche Bohrmeister sich mit Krefti allein lob, fing er an zu weinen.

„Don Luis! Don Luis!“

Und keine Stimme hatte denselben findflüchtig leichten Ton, wie das Hammern der Bergleute, wenn sie den Doktor im Spital an ihr Bett herankommen lassen.

Alles war in einem Augenblick für ihn verlorengegangen. Jetzt konnte er den guten Wahlzeiten, den lustigen Gefügen, dem Umgang mit den Leichen, alles was den Reid seiner früheren Genossen erregte, wenn er in Begleitung der Unternehmer zu den Brüchen hinaufging, Lebewohl sagen. Er war ein Held, ein Göte gewesen und mußte jetzt plötzlich wieder zur Stufe eines Arbeiters herabsteigen... Doch tiefer, denn auf den Bergwerken würde er keine Anstellung finden. Wenn er sich dort sehen ließe, seien sie fähig, ihn zu töten; ihn schreckt, wie die Erinnerung eines ungeheuren Verbrechens, der Gedanke an die großen Summen, die die Herren durch ihn verloren hatten.

„Sich nach fort, Don Luis!“ jammerte er. „Wie werden sie jetzt meiner kosten... Ich nehme das erste Schiff, das noch Amerika führt.“

Über ein Drittel der Wahlberechtigten unterzeichnete. Bei der Beratung in der öffentlichen Gemeindevertretung einstimmig über die Gültigkeit der Liste beantragten unsre Genossen Abstimmung über den durch die Liste der Einwohner eingereichten Antrag. Die Bürgerlichen — in der Annahme, es sollte nur über die Gültigkeit der Liste abgestimmt werden — ließen sich überreden und so wurde einstimmig der Antrag auf Auflösung des Kollegiums angenommen. Erst als es zu spät war, merkten die bürgerlichen Herren, daß sie — geschlagen hatten. Unsre Genossen hoffen bei der Neuwahl auf eine Vinsmehrheit.

Terminbeginn des Landtages am 11. Juli. Die nächste Sitzung des Landtages findet bekanntlich am kommenden Dienstag statt. Auf der Tagesordnung stehen 5 Gegenentwürfe zur Beratung sowie mehrere Staatskapitel, Regierungsvorlagen und Anträge. Wie wir erfahren, sind noch zwei weitere Sitzungen vor Terminbeginn, und zwar am 8. und 10. Juli, in Aussicht genommen. Am 11. Juli sollen die Landtages-Sitzungen beginnen.

Dresdner Chronik

Gebrauchsanweisung zum Sommer

Wer die Regenlandschaft nicht ehrt, ist die Sonne nicht wer.

Nur wenn der Schmetterling sich vertrauensvoll auf deine ruhige Hand setzt, heißt dich in der Waldlichtung richtig benommen.

Auf dem Denkmal des großen Dichters sah eine Kugel. Sie hielt das Haupt des Dichters für irgendeinen passend gelegenen Stein und fuhr sich entzündet auf. Da begann auf einmal das steinerne Antlitz des Dichters zu lächeln.

Als die Chöre der Engel in die Harmonie der Sphären einstimmen wollten, sagte Gott: Still, ich höre ein Vogelchen piepsen.

Dem Menschenfreund besteht das Volk aus lauter einzelnen Menschen, dem Naturfreund die Wiese aus lauter einzelnen Blumen.

Gäbe es wirkliche Naturverehrer, sie wären keine Touristen. Niemals kämen sie auf der ersten blühenden Wiese vorbei.

Vielleicht, o Wanderer, bist du doch kein Ochse — denn kein Ochse pfückt mehr Blumen als er fressen kann.

Die Rolle des Menschen im Haushalt der Natur besteht darin, daß er die Wiesen mit Dreck düngt.

Dem Ameisenhaufen, über den du dich beugst, bist du ein freudiger, mächtiger und böser Gott. Du hast die Macht, den ganzen Ameisenhaufen zu zerstören; Gutes kannst du, Großmächtiger, der kleinen Ameisen kaum tun. Begreife, daß sie dir beten wie zum Teufel.

Fritz, ein leidenschaftlicher Tourist, stieg nacheinander auf alle Gipfel des Gebirges. Franz, ein leidenschaftlicher Faulenzler, sah unterdessen irgendwo im Moos und sah sich ein kleines Steinchen genau an. Es hatte die gleiche Struktur wie das ganze Gebirge. Arnold Höllriegel

Vier verdiente Kämpfer

Zu ihrem Ausscheiden aus dem Ratskollegium

ok. In diesen Tagen scheide die Genossen Krüger, Schöne, Barth und Buck als unbefohlene Stadträte aus dem Ratskollegium aus. Alle vier Genossen, besonders aber Hugo Krüger, waren im kommunalen Leben Dresdens führende Persönlichkeiten, denen die Dresdner Arbeiterbewegung ungemein vieles zu danken hat. In stiller, aber reicher, präziser Tätigkeit stellten diese „Alten“ ihren Mann. Eine Position nach der andern wurde den bürgerlichen Stadträtern in den Ausschüssen und bei den Vorbereitungen in zäher Arbeit abgerungen.

Im Jahre 1905 sogen zum ersten Male sechzehn demokratische Stadtverordnete mit Kreftig an der Spitze in das Kollegium ein, im nächsten Jahre waren es zehn, und dann ließ es in den folgenden Jahren bis auf eine unerhebliche Schwankung bei 14 Vertretern. Welche Mühe, Arbeit und Haufopferung aber kostete es, ehe es so weit kam! Es wäre nötig, ein Stück Geschichte der Dresdner Arbeiterbewegung zu schreiben, um dies zu fördern. Es wäre nötig, die Erinnerung an die Jahrzehnte aufzurufen, in denen die Partei mit ihrer ganzen Kraft Einfluß beübte. Bei diesen mühevollen Arbeiten stand Kreftig während in den vordersten Reihen. Während des ganzen Jahres wanderte er mit einer kleinen

Eine Gruppe von Leuten aus dem Volle unterbrach ihn. Sie kamen, um den Chiquito mitzunehmen; sie wollten ihn bewirken mit der Großmäßigkeit, die der Sieg verleiht. Er sollte die Ohren nicht hängen lassen; alle hatten gehofft,

Schar Getreuer von Haus zu Haus, um die Arbeiter für die Errichtung des Bürgerrechts, der Voraussetzung für das Wahlrecht, zu interessieren. Er war Vorsteher des Bürgerkomites, das geknallt worden war, um möglichst viel Arbeitnehmer zu werben. Auf seinem Posten wirkte er sehr und unverdrossen, was ihm die Dresdner Genossen nie vergessen werden. Die Verhandlungen im Stadtparlament verfolgte er sehr genau, um bei jedem neuen Wahlkampf mit einer erstaunlichen Hölle von Material gegen die Gegner antreten.

Als zum Ausgang der 80er Jahre die Parteileitung den Beschluss fasste, angefischt der Wissenslosigkeit den „Kampf um die Amtssitze“ aufzugeben, arbeitete der alte „Döbelinbrüder“ erst heimlich und dann ganz offen weiter mit dem Erfolg, daß in wenigen Jahren der Beschluss aufgehoben wurde und die Partei sich wieder an den Gemeindewahlen beteiligte. Die erste Wahl brachte die Sozialdemokraten dann auch schon hart an die Grenze des Erfolgs.

Nach der Einverleibung verschiedener arbeiterreicher Vororte wurde das Bürgervorrecht in ein Bürgersatzvorrecht umgewandelt. Das gelang zu dem einzigen Zwecke, den nochenden Einstuß der Sozialdemokratie zu kündigen. Die Arbeiter erhielten nur vier Sitzes ausgesprochen. Bei der ersten Wahl zogen über sechs Sozialdemokraten in das Parlament ein, unter ihnen Krüger und Schöne. Der letztere siegte in der Klasse der Gewerbetreibenden, von der die Gegner nicht erwartet hatten, daß sie in solcher Zahl eintreten würden. In den folgenden Jahren die Verhandlungen im Stadtparlament zu verfolgen Gelegenheit hatte, fand, daß mit den Sozialdemokraten ein neuer Geist einzog, denn sich auch die verbittertesten unter den Gegnern nicht ganz entziehen konnten. Als dann die nationalliberale Gruppe in Verbindung mit den Freisinnigen gleichfalls ein Einfuß gewann, rückte die kleine sozialdemokratische Fraktion langsam und ohne Rücksicht vor. Unzählige kommunale Verbesserungen sind auf sozialdemokratische Vorstöße in der damaligen Zeit zurückzuführen. Unsre Genossen drangen in die wichtigen Ausschüsse ein, dann erhielten sie einen Sitz im Vorstand, um schließlich nach zehnjährigem Ringen auch den Zutritt zum Staatskollegium zu erobern. Zuerst mit einem Stadtrat, dann während der Kriegszeit mit vier.

Bei all diesen Kämpfen standen die vier am ersten Stelle, von den Dresdner Arbeiter anerkannt und verehrt, von den Gegnern geschämt und geachtet. Das kam auch in den warmen und auferhellenden Worten des damaligen konferierten Stadtverordnetenwurthlers Stödel zum Ausdruck, als er Hugo Krüger nach seiner Wahl in den Rat aus dem Stadtvorordnetenkollegium verabschiedete und dabei seine scharfe, temperamentoolle, aber ritterliche und vornehme Ambossweite feierte.

Die Dresdner Arbeiter, besonders so weit sie selbst an den Stadtvorordnetenkämpfen beteiligt waren, werden nicht ohne Dankgefühl der Verdienste unserer Genossen Krüger, Schöne, Borch und Bock bei ihrem Auscheiden gedachten.

Der Abschied des Amtshauptmanns

Ablewendend von den bisherigen Erfahrungen verseheter Behördenstänke, sich von dem unterstellten Personal während der Geschäftstätigkeit und im Dienstgebäude zu verabschieden, fand die feierliche Verabschiedung des bisherigen Amtshauptmanns von Dresden-Neustadt, Dr. de Guebck, der vom Gesamtministerium unter dem 1. Juli 1924 zum Präsidenten der Staatspolizeiverwaltung ernannt worden ist, Freitag den 27. Juni 1924, abends 8 Uhr, im Kurfürstensaal des Italienischen Dörfchens statt. Der Amtshauptmann erfüllte damit, daß er die Feier außerhalb des Dienstgebäudes und außerhalb der Dienststätte stattfanden ließ, einen dringenden Wunsch der Beamtenchaft. Sollte doch gerade bedroht, daß förmliche Beamte und Angestellte der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbandes freiwillig zu dieser Feier erschienen, das Bergische, innige Vertrauensverhältnis, das zwischen Beamten, Angestellten und Behördenvorstand herrschte, zum Ausbruch kommen. Und es waren auch jämmerliche Beamte und Angestellte zur Stelle, sogar diejenigen, die in Köppchenbroda, Kloster, Rähnitz, Voßberg usw. wohnten, erschienen; gewiß ein Zeichen der Verehrung und Anhänglichkeit.

In seinen Abschiedsworten gab Dr. de Guebck zunächst einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt, die nun nach über 44jährigem Bestehen mit der Amtshauptmannschaft Dresden-Alstadt zu einer neuen Amtshauptmannschaft Dresden vereinigt wird. Nicht leicht werde es ihm, von seiner jetzigen Stelle zu scheiden, in der er jederzeit die tapferste und unermüdliche Arbeit jedes einzelnen mit größter Freude habe feststellen können. Die Selbständigkeit, die er jedem auf dem ihm zugewiesenen Platz gegeben habe, den Beamten und Angestellten trotz aller Schwere der Zeit, trotz Inflation und geringer Besoldung die Berufsfreidigkeit erhalten und sie befähigt, ihn in seiner verantwortungsvollen Stellung so zu unterstützen, wie es geschehen sei. Auch in dem von ihm seit jeher geführten Kampfe gegen den Bürokratismus habe er Verständnis und Mitarbeit bei allen gefunden.

Im Namen der Beamtenchaft sprach dem scheidenden Amtshauptmann Regierungsrat Dr. Breitwieser. Worte des Dankes besonders für die Art und Weise, wie er sein Amt verwaltet habe und wie er jedem einzelnen auch als Mensch näher gekommen sei. Wohl selten, daß eine ohne Überhebung gesagt werden, habe ein so herzigliches Verhältnis zwischen Behördenvorstand und Personal geherrscht wie in Dresden-Neustadt. Jeder habe zu jeder Zeit Verständnis und Tugendgegenkommen bei seinem Chef gefunden und gerade dieses Vertrauensverhältnis, das gehehrte habe, habe das großzügige Arbeiten bei Einhaltung aller Vorschriften ermöglicht. Das unermüdliche, tapfere Arbeiten des Amtshauptmanns sei allen ein Ansporn gewesen und habe der ganzen Amtshauptmannschaft seinen Stempel aufgedrückt. Weiter sprachen verschiedene Redner. Die bei aller Schlichtheit heraus eindrucksvolle Feier wurde umrahmt von musikalischen und gesanglichen Darbietungen und hielt die Teilnehmer lange in gutem Einvernehmen zusammen. — ll.

Studentische Sonnwendfeier

Die Studentenschaft ist eine Zwangorganisation. Wenn man an der Technischen Hochschule studiert, muß man an der Hochschule jedes Semester obligatorisch 5 M für ihre Zwangs bezahlen.

Der Hochschulrat deutscher Art ist eine „parteilich-politisch neutral“ Vereinigung, die die Studenten völkischer Gefügung zusammenführt. In der völkischen Woche stellte sie sich als reine Information des technischen Studierens vor. — die Dresdner Polizei hatte wiederholte Gelegenheit, sich mit ihr zu beschäftigen.

Studentenschaft und Hochschulrat deutscher Art veranstalteten zusammen eine Sonnwendfeier am Abend des Bismarcktag.

Die republikanischen Studenten aber waren vom Sozialdemokratischen Studentenbund zur Sonnwendfeier der Studentenschaft nach dem Hotel

gerufen worden. Sein „trostiger Bismarckturm“ ragt in diesem Städte empor, zu dem die Flammen aufstiegen könnten. Die Feier bestand aus einer lächelnden Rede unseres Genossen Krüger aus Hören der Arbeitersänger und Volksstänzen der Arbeiterjugend. Nur eine hoch aufschlagende Flamme, die eine starre, schwarze, von dem Gedanken an eine bessere Zukunft besetzte Menschenmasse, einen in den Abendnebel getauchten Wald beleuchtete, war das Bild.

Aber die „wirkliche Studenten“ Sonnwendfeier, die man nach langer Zeit (— die Zeit der sozialistischen Regierung in Sachsen?) wieder aufstellen ließ. Am Bismarckturm übergesessen die schon erwähnten lodernen Flammen (großes Sensations-Ausstellungsstück von Karl Müller-Walberg, Artus Sarcasani) mit ihrem Schein die Chargierten in ihrem Woch, die bunten Blumen, die noch mit geronnenem Blut bedeckten Gesichter und die im Winde flatternden Fahnen — ein buntes (Tourist-)malerisches Bild. Da die nach Jodform duftende Luft wurden auch mehrere Neben geboten von Volltum, Einigkeit und Recht und Freiheit und von der Zinsierung, aus der man noch nicht besteht sei, was allerdings dort nicht zu bestreiten war. Alles floss zum Schlus in das allgemeine Bild Deutschland, Deutschland über alles aus, und darüber hatte der Gedanke der Sonnwendfeier noch die Aufgabe, durch mehrere Neben während des Sommers in der Weinstraße hindurchzulingen. Alle diese Mängel flingen dann wohl in dem Alltag der Vergnügungen zusammen.

Belebt wurde auch noch, daß in der Studentenschaft noch der alte deutsche Geist lebe; man glaubt wohl ein Recht zu dieser Feststellung zu haben, nachdem man aus ihr den sozialistischen Studentenbund ausgeschlossen hat und damit gewiß kost, auch den neuen deutschen Geist entfernt zu haben. Man sieht jedenfalls, daß diese Herrschaften die feste Überzeugung haben, nun endgültig im Licht zu stehen. Sie vergessen, daß die Sonne sich zweimal im Jahre wendet. A.

Sonderkonzert in der Jahresschau

Nachdem wie im vorigen Jahre die Möglichkeiten zum Vergleichende führende Tanzschulen auch in der jetzigen Jahresschau schon wieder mehrfach gedreht wurden, greift man nunmehr auch erneut erneut die Idee der Sonderkonzerte mit verstärktem Orchester wieder auf. Das Objekt des Publikums ist durch die Erklärung der Ensemblebesetzungen in Kinos und Cafés bereits leider so furchtbar anpruchlos, um nicht zu sagen verbißt, daß auf jede Gelegenheit ein normales volles Orchester zu hören, hingewiesen werden muß. Ein großstädtischer Konzertplatz wie die Jahresschau sollte ja nun eigentlich möglich große Orchesterbesetzung bieten können — die Dresdner Philharmonie müßte offizielles Ausstellungskonzert sein — aber selbst die Konzerte, die nicht als „Sonderkonzerte“ anzusehen werden, sind nicht von einer Ensembleerfahrung, sondern von sogenannter Simphoniebesetzung (nur eben nicht ganz so stark) ausgeführt, und das ist ziemlich solid als bestes Ensemble. Also wie am Freitag das erste Sonderkonzert beendet, hatte Kapellmeister Feierles verstärktes Orchester zur Verfügung und konnte daher sogar Wagners glorreiche Lohnhäuser-Ouvertüre mit im Programm haben. Das Orchester ließ an Bräusen des Zusammenklanges keinen Wunsch offen. Auch der Gesamtlang war in sich gut. Es würde natürlich noch gewinnen, wenn das Orchester in einer Muschel sitzen könnte, wie einst im Ausstellungspark schönen Engedenten. Hoffentlich wirft die jetzige Jahresschau einen solchen Überdruss ab, damit ein Teil davon auch mit verworben werden kann, um den im Jahre 1911 gemachten Fehler des Niederlegens der einwandfreien Muschel durch einen Neubau wieder weizuzögern. Vielleicht könnte dann auch das Problem des gähnend leeren Platzes unterhalb des Konzertpalastes einer Lösung entgegensehen. Der kleine Sonderkonzert, der vor 1911 das Bild so prächtig belebte, könnte doch vielleicht auch einmal wiederkommen. Kr.

Volkfest der Turnerschaft Pieschen

Am frühen Morgen des gestrigen Sonntag wurden die Einwohner des Vorstädte Pieschen und Trachenberge durch eifige Trommler und Schreitpfeifer aus den Betten und an die Fenster gestellt. Die Turnerschaft Pieschen schickte einen Spielmannsjug durch die Straßen, den die Zugpfeife hatte, den Anbruch eines schon vorher angekündigten Volkfestes gesetzt anzumelden und für Teilnehmer zu werben. Nach gescheitem Werben begannen die ersten Veranstaltungen mit einem Staffettelauf durch Pieschen und einem vollständigen Wettkampf auf dem Sportplatz an der Wurgener Straße.

Das eigentliche Volkfest nahm dann seinen Anfang um die Mittagsstunde. Auf dem Lindenplatz in Altpieschen jammelte sich zu dieser Zeit, was durch Bekanntgabe und Werbung auf die Beire gebrodet war: Turner und Turnnetz, darunter viele Knaben und Mädchen, ferner Deutsche mit Trommeln, Pfeifen, Hornern, Trompeten und Trommeln, sowie auch Zuschauer die Menge. Während eine Kapelle konzertierte, formierte sich der Festzug. Voran die Knaben und Mädchen, darunter in füger Turnhose und frischweißem Hemd. Obenfalls barbeinig und weißhemdig folgte die Städtische Kapelle des Turnvereins und weißhemdig war auch der von den Turnern gebildete Schluß. Unter Vorantritt des Spielmannsjug und gefolgt von einem zweiter Musikerkorps setzte sich der etwa 800 Teilnehmer zahlende Festzug in Marsch. Aus den Fenstern der Häuser machten die Leute große Augen, und immer wieder wurde die Menge der Mitzeichenden. Da die Witterungsbedenken, daß es aus, als seien vier schwere Schläge längs der Straße geogn worden.

Das Ziel war die sogenannte Schuhbahn auf dem Heller-Gelände. Dort war ein weiter Platz für turnerische Darbietungen abgesteckt. Nebenan hatten die Veranstalter Säle errichtet, in denen Eltern und Kindern zu entspannen und auch Verpflegung stattfanden. Auf dem Festplatz entwidmete sich ein überaus muntes Treiben. Im Laufe der Plausi machten sich nacheinander die verschiedenen Turngruppen auf, zeigten ihre exalten Darstellungen, ihre Gemeinschaft an Partien, Ried, Werd und Pod, entpudelten mit stilvollen Tänzen, mit rhythmischem Keulenwringen, mit Gruppenstücken und kompliziert erreichenden Stabübungen. Außerdem gab es Ballspiele, kleine Staffettelaufe und dergleichen fesselnde Dinge mehr. Zwischenbüch schauten die Gläubiger, hatten die Zelle ganze Belagerungen auszustehen, und von Zeit zu Zeit wurde durch ein schmetterndes Trompetensignal ein Kind ausgebläft, daß in lauter Festglückseligkeit die Mutter verloren hatte. Dazu war der Himmel sehr einzigartig gewesen, die Sonne strahlte aus blauemem Blau; im Grünaus der Pieschen spielte der Junivind, und die Menschen auf der Pieschener fühlten sich wie besessen.

Ein Volkfest war von der Turnerschaft Pieschen verheißen; ein wahreres Volkfest ist es auch geworden. Die Laufenden, die sich einen halben Tag lang in freier Natur zwanglos ergingen, je nach Regung und Gefallen am Schauturnen ergötzt oder allerlei Kurgelieb tranken und sich vom Festplatz kaum wieder trennen möchten, werden den Veranstaltern dankbar sein.

Berlegungsgesellschaften. Die böhmisches Beamten im Ruhestand und Beamtenkindern erhalten die Berlegungsgesellschaften aus Monat Juli am Montag den 8. Juni durch die zuständigen Amtsstellen ausgezahlt.

Reichs-Jugend-Bruder mehr! Der Jungdeutsche Orden, Bruderschaft Dresden, feiert und eine Berlegung ihres Gerichtsberichts in Nr. 163 vom 20. Juni über die Dresdner Waffenschau. Danach war der mit zwei Wochen bestreite Siegel zur Zeit, als diese Waffenschau (wurde, nicht mehr Mitglied des Jungdeutschen Ordens. Er war aus demselben bereits Anfang des Jahres 1924 ausgeschlossen).

— Na, wenn auch!

Deutsche Schäferhund-Ausstellungen. Sonntag den 6. Juli wird auf dem D. S. C.-Sportplatz im Ostragehege (gegenüber der Bogenstrasse, nahe Domfeste) eine Deutsche Schäferhund-Ausstellung veranstaltet.

Doch der deutsche Schäferhund nicht nur dem August dient, werden die Vorführungen der Polizei- und Blindenführungs-hunde, die nachmittags 8 Uhr stattfinden, beweisen. — Auch Mitglieder eines Verbandes können ihre rotteneinen deutschen Schäferhunde, sowohl breitflügel als auch undrelliert, an diesem Tage ausstellen. Anmeldungen hierzu bis zum 2. Juli an die Geschäftsstelle des Deutschen Schäferhund-Verbandes, Ortsgruppe Groß-Dresden, Bettinerstr. 8, 1 (Hörneprecher 27186 und 28004) oder aber an Herrn Kurt Handbuch, Dresden-A, 19, Mosenstraße 6, 1. — Auch der Verein für Deutsche Schäferhunde e. V., Sitz München, veranstaltet am 19. und 20. Juli durch seinen Landesverband Sachsen, dem gegenwärtig über 50 Ortsgruppen angehören, in Reick in den Hallen der Oberausstellung eine Ausstellung, verbunden mit Polizeihundbewerbsfahrt. Alle Anträge und Anmeldungen sind zu richten an die Geschäftsstelle, Comeniusstr. 51, Tel. 18744.

Personenamtskonzert. Am Donnerstag, dem 5. Juli, 1924 die Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt das in Fahrt 88 nach 1.45 Uhr ab Dresden sonst nur bis Strehla vorgesehene Schiff bis Mühlberg verkehren. Der Fahrt fahrt ausführende Verein führt dann am nächsten Tage früh 8.30 Uhr ab Mühlberg, anfänglich an Fahrt 41, vorhin 8.40 Uhr ab Strehla zurück nach Dresden.

Verkauf von Monats-, Schüler- und Schlingkarten für die Straßenbahnen. Von Dienstag den 1. Juli an wird die Seifertkarte für die Straßenbahnen im Stadtbauhaus Theaterstraße 18, Erdgeschoss rechts, an Verlagen ununterbrochen von 7½ Uhr früh bis 7 Uhr abends offen gehalten. — Monatskarten können, wenn kein anderer Fahrweg gewünscht wird, während der beiden Seiten auch in den Straßenbahnen Böhml. Witzel, Neugruna, Rauhkögl, Pfotenhauerstraße, Tollwitz und Trachenberger Straße verlängert werden. — Da Schüler und Schülerinnen über 14 Jahre sowie an Lehrlinge und Lehrmädchen werden bis zum Ablauf des Kalenderhalbjahrs, in dem sie das 20. Lebensjahr vollenden, preiswert möglich, nicht übertragbare Fahrkarten über 14 Gebührenjahre können übertragbare Fahrkarten zu 10 Einzelfahrten auf städtischen Linien für 70 Pf. ohne vorherige Stellung eines Antrages bei den Schaffern entnommen werden.

Hinlemauprozess. Gegen das — sagen wir milde — dem Reiten geradezu unverständliche Urteil in dem Prozeß wegen unmöglichmachung der Vorstellung von „Hinlema“ im Stadtbauhaus der Stadtdienststelle wieder auf. Das Objekt des Publikums ist durch die Staatsanwaltschaft Reklamation eingeleitet. Die Ruhelösungen am 17. Januar werden daher auch noch das Oberlandesgericht beschäftigen. Wie verlautet, vertritt die Staatsanwaltschaft den Standpunkt, daß § 88 des Reichsstrafgesetzes zu Unrecht angewendet worden sei, vielmehr eine sogenannte Kollektivnotwehr, womit der Freispruch in der Haupsache begründet war, demnach nicht angenommen werden könne.

Öffentliches Singen. Der Schulchor der 11. Volksschule bringt am Dienstag den 1. Juli, von 7 Uhr abends an, auf dem Seiditzer Platz zum Festen der Kinderfeierfest Heimat, Jahreszeiten und Wanderländer zum Vortrag. Außerdem wird die 1. Mädchenklasse einige Reigen darbieten.

Schulfest der 57. Volksschule. Die Lehrerschaft und der Elternrat der 57. Volksschule veranstalten am 2. Juli im Waldschlößchen ein Schulfest. Hierzu werden alle Eltern, Freunde und Gäste recht herzlich eingeladen und gebeten, mit froher Stimmung zu erscheinen, um den Kindern ein gutes Fest zu bereiten. Abmarsch 2½ Uhr nachmittags mit Plakat von der 57. Volksschule, Zöllnerplatz.

Schießen auf D. Jüge. In letzter Zeit ist wiederholt auf Leipzig-Dresdner D. Jüge zwischen Schönau und dem Niederlauer Tunnel scharf geschossen worden. Keine sind nicht verletzt worden. Es ist aber Sachschaden entstanden. Die Täter könnten bisher nicht ermittelt werden. Aus Hinblick darauf, daß die zuständige Staatsanwaltschaft eine angemessene Belohnung für Ermittelung der Täter in Aussicht gestellt hat, wird gebeten, alle Wahrnehmungen, die zur Aufklärung der Sache dienen können, der nächsten Polizeibehörde mitzuteilen.

Unbekannt tot Frauen. Am Freitag ist in einem Bade in der Neustadt eine etwa 18jährige Frau an Herzstillstand verstorben und nach dem St. Pauli-Friedhof gebracht worden. Sie ist kleidet mit blau, schwarzer Schürze, rot und graubekleidtem Unterröck, graubekleidtem Stirnband ist B. K. gezeichnet. Ferner ist in voriger Woche in Pieschen eine unbekannte Frau als Leiche geliefert worden. Sie war nur mit spärlichen Resten einer roten Badehose bekleidet. Das Alter wird auf 80 Jahre geschätzt. Die Tote ist 165 Centimeter groß gewesen, hatte schwarzes, dünnes, härliges Haar, niedrige Stirn und Stumpfnase. Der Oberleiter war zahnlos, im Unterleiter die Schneidezähne vollständig. Sachliche Angaben zur Feststellung dieser Person erhielt das Landeskriminalamt, Zentralstelle für Vermisste, Schloßgasse 7, 8, Zimmer 189.

Sturz von der Carolabrücke. Am Sonnabend, morgens 8½ Uhr, stürzte sich ein Kaufmann von der Carolabrücke in die Elbe hinab. Da er jedoch schwimmen konnte, vermochte er sich bis in die Nähe des Nachb. über Wasser zu halten, wo er von Schiffen aus Ufer gebracht wurde, die ihn der Heil- und Segenamt übergeben.

Altentalte verloren. Heute vormittag nach 8 Uhr ist dem Bäckler der Bäckermannsdorfer Straße eine braune Altentalte mit wichtigem Jubiläum verloren gegangen. Der Bäcker wird gebeten, die Tasche so bald als möglich in unserer Feier, Bettelkrippe, 10. Okt., abzugeben.

Aus dem Parteileben

Ausdruck für Arbeiternwohlfahrt. Dresden. Fachausdruck Kinderschuttkommission. Pieschen: Mittwoch Spielen im Freien, Stellen der Kinder 8 Uhr Leidigen und Moritzburger Platz. — Trachenberge: Donnerstag Spielen im Freien, Stellen 2½ Uhr Hubertusplatz. — Neustadt: Mittwoch Spielen im Freien, Stellen 2½ Uhr Schönauer Platz. — Altstadt: Mittwoch Spielen im Freien, Stellen 2½ Uhr Schönauer Platz. — Pieschen: Mittwoch Spielen im Freien, Treffen 2½ Uhr Barbaraplatz, 2½ Uhr Schillerplatz.

6. Unterbezirk

Altstadt. Gruppe 1. Donnerstag, 7½ Uhr, Versammlung bei Bobia, Große Brüdergasse. Genossen Bandtagabend. — Befreiung über das Sachverständigen-Gutachten. — Wahl der Delegierten. Befreiungliches Erscheinen wird erwartet.

Gruppe 1. Frauengruppe. Donnerstag den 8. Juli, abends 7½ Uhr, Frauenvorsammlung mit Unterhaltungsende im „Sandknecht“, Ecke Löblicher- und Wartburgstraße. Gäste herzlich willkommen.

Deutschland und Völkerbund

Von Dr. Horst Schiedel

Die Frage des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund ist wieder einmal in den Vordergrund des Interesses aller politisch Interessierten getreten. Und zwar nicht nur in Deutschland, wie die vierter der von Hubert im französischen Senat an Herrriot gerichteten Fragen, sowie die Tatsache beweist, daß die Frage des deutschen Eintrittes in den Völkerbund anscheinend auch Gegenstand der englisch-französischen Gespräche gewesen ist. Es genügt aber für uns nicht nur, die Frage aufzuhören: Soll Deutschland in den Völkerbund eintreten oder nicht? Sondern wichtiger ist es, zu untersuchen, welche Möglichkeiten sich für Deutschland aus seinem Eintritt in den Völkerbund ergeben und welche Rolle es bestens in demselben spielen kann.

Um diese Frage zu beantworten, ist es nötig, die Organisation des Völkerbundes kurz zu betrachten. Die Rechtsgrundlagen für den Völkerbund sind im Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 gegeben. Gemäß Art. 1 dieses Vertrages können auf eigenem oder fremdem Antrag alle Staaten der Welt unter Generalversammlung der Zweidrittelmehrheit der Völkerbundversammlung zum Völkerbund zugelassen werden, vorausgesetzt, daß sie für ihre aufrichtige Absicht, ihre internationalen Verpflichtungen zu beobachten, wirtschaftliche Leistungen. Art. 6 der Völkerbundsaufnahme bestimmt, daß die Bevölkerung des Völkerbundes, und zwar sowohl der Bundesversammlung wie des Bundesrates, Einflussmöglichkeit verleiht, abgesehen von einigen Ausnahmen minderer Bedeutung, die eben genannte Aufnahme neuer Mitglieder, Satzungsänderung u. a. Worauf es für Deutschland ankommt, das ist also: nicht nur Mitglied des Völkerbundes zu werden, sondern auch eine Stimme im Völkerbundsrat zu erhalten. Es wäre dann in der Lage, u. a. die Bevölkerung des Völkerbundes zu sabotieren, insbesondere aber gewisse Bestimmungen des Versailler Vertrages, auf welche der Völkerbund Einfuß hat, abzuwenden. Es würde allerdings nicht genügen, daß Deutschland bloß Völkerbundsmitglied würde und damit berechtigt wäre, einen Vertreter in die Bundesversammlung zu entsenden, um möglicherweise die auch hier erforderliche Einflussmöglichkeit bei der Bevölkerung zu verhindern. Denn die Organisation des Völkerbundes ist einzig und allein auf die Vorherrschaft der alliierten Mächte angewiesen: Bundesrat und Bundesversammlung sind durchaus nebeneinander mit gleicher Kompetenz, allein die Präsentation entscheidet, d. h. darüber, welches Organ, welche eine Sache zur Entscheidung an sich sieht, wird damit von Rechts wegen zuständig. Da die Bundesversammlung über erst zusammengerufen werden muss (und sehr selten) — in der Regel nur einmal jährlich — zusammengekommen wird, der Bundesrat befindet jedoch ständig tagt, so folgt hieraus für den letzteren, ein isolates Nebergewicht, das die Bundesversammlung mit (außer etwa 40 Mitgliedern) praktisch bedeutungslos ist.

Die Hauptbedeutung — wenn man dem Völkerbund überhaupt eine Bedeutung zuerkennt — liegt beim Bundesrat. In diese enthören die vier alliierten Hauptmächte: England, Frankreich, Italien und Japan je einen ständigen Vertreter, während mit einfacher Mehrheit der Bundesversammlung die kleineren Staaten, welche dem Völkerbund angehören, insgesamt 4 Vertreter entsenden. Die Vorherrschaft der Alliierten in diesem Völkerbund, dem Amerika bekanntlich nicht angehört, ist also in die Augen springend, zumal einem der kleinen Stäbe vorläufig wenigstens Befugnisse innenhat. Deutschland als bloßes Mitglied des Völkerbundes ohne Sitz im Bundesrat hätte also absolut keinen Einfluss und könnte bestensfalls nur in den reinen eigenen Interessen berührenden Fragen, gemäß Artikel 4 Absatz 5 des Versailler Vertrages, einen — nicht hinunterbedeutenden — Vertreter in den Bundesrat schicken. Es muss also noch mal mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es für Deutschland nicht nur darauf ankommt, in den Völkerbund einzutreten, sondern vor allem Sitz und Stimme im Bundesrat und nicht nur in der Bundesversammlung zu erhalten, um damit zwar nicht die Initiative in irgendwelchen Fragen zu greifen, aber ein in den meisten Fällen entscheidendes Vetorecht ausüben zu können. Das ist zwar nicht überwältigend viel, aber es ist etwas und es ist zumindest so viel, daß die Nachteile, welche die Gegner des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund vor diesem Eintritte befürchten, dagegen gering sind. Es ist nicht einzusehen, wie der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund eine neue Unterwerfung unter das Versailler Richter und eine formelle feierliche Anerkennung des Friedensvertrages durch Deutschland sein soll, wie so oft behauptet wird, desselben Friedensvertrages, den wir — von den Tatsachen gezwungen — durch unsre Unterschrift doch anerkennen möchten? Ganz garantiert Artikel 10 den Bundesmitgliedern die Unberührbarkeit ihres Gebietes.

Diese Garantie hat aber für die starken Entente-Länder nicht entfernt die Bedeutung, wie für das ohnmächtige Deutschland. Vielleicht hat diese Garantie nur die Bedeutung einer Strafe. Über haben wir nicht gerade im Weltkrieg die suggerierte Kraft von Weisen so schwerhaft am eigenen Beibe empfunden? Und ist nicht allein der Verlust von allgemeiner Bedeutung, daß Deutschland im Völkerbund die Möglichkeit hätte, vor den Vertretern fast aller zivilisierten Nationen der Welt zu sprechen und durch sie an das Weltgewissen zu appellieren, dieses vielleicht im deutschen Sinne allmählich zu beeinflussen?

Mordprozeß Graff

Stettin, 28. Juni. (Eig. Drahd.)

Im Graff-Prozeß wurde am Sonnabend die Vernehmung des Beutnants Sandor, der einer der Hauptgegner ist, fortgesetzt. Der Zeuge hat seinerzeit ausgefragt, daß er über die Tat nicht erstaunt war. Deshalb hält der Vorsitzende dem Zeugen vor, daß es doch auch noch andere Täger als Schmid gebe, die auf dem Boden der Völkerbundsgesetzgebung stehen. Der Zeuge hat Deutnant Steinhardt von seiner Verteidigung nichts gesagt. Gegenüber dem Angeklagten hat Deutnant Sandor erklärt, wenn es für sie zweckmäßig wird, werde er sie nach Kommerz dirigieren und für sie sorgen. Seine pommerischen Bekannten, so hante der Zeuge, hätten ihm schon aus nationalen Gründen dabei geholfen. Sandor fuhr schweigend auf Urlaub nach Stettin und nahm auch Engpeter mit. Er erfuhr den Hauptmann Collas, Schwartau nachzuhören. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob der Arbeitssenator des Landbundes von der Einordnung des Beutnants Graff durch Kommerz und Genossen etwas wußte, antwortete der Zeuge bestehend. Deutnant Sandor war nach der Verhaftung Steinhardts der Ansicht, daß seine Gesicht für diesen beständige Oberwachtmeister Krollt wünschte nicht, daß für Steinhardt und Genossen etwas getan werden sollte, da er glaubte, die Nachen würden ohne weiteres freilassen.

Als der Vorsitzende den Angeklagten Vorhaltungen über unrichtige Angaben mache, erwiderte der Verteidiger, die Angeklagten freudlich und loyal zu behandeln. Der Angeklagte Krollt äußerte bei dieser Gelegenheit, daß er schon bewußt, sich den deutschen Gerichten und nicht den belgischen gestellt zu haben. Der Verteidiger betont, demgegenüber, er lässe keine, die unter der Anklage des Mordes stehe, nicht freudlich behandeln. Als Deutnant Sandor nochmals bestreitet, daß er niemals die Namen der beiden Löher dem Deutnant Steinhardt mitgeteilt habe, bemerkte Frau R. in Hardy, die dem ganzen Prozeß betroffen, ihr Mann hätte ihr bestimmt ergänzt, Sandor kenne die Täter. Sie fügte hinzu, sollte der Sommerstaat treffe ihren Mann schwerer als das belgische Todesurteil. In dem berichtigten Protokoll vom 8. Oktober war berichtet, Sandor, Collas u. a. wissen von nichts. Diese Vernehmung domäne sollte lediglich Frau Steinhardt beruhigen. In Wirklichkeit hat sie das bestimmt unheil gut folge gehabt, weil die

belgische Justiz auf Grund dieses Protokolls die Feststellung der deutschen Justiz, daß Kaus und Genossen die Täter seien, als somit gesetztes. Jenseits Mülliges, Inhaber des Sportcafés in Homburg, hat die Aachener Verurteilten vor dem belgischen Gericht schwer belastet. Grabert hat zu dem Zeugen bei der Gegenüberstellung vor dem belgischen Gericht gesagt: Wir haben jetzt gestanden und ich bin bestimmt am Nordocean bei dir in Biel gewesen. Darauf will der Zeuge zu seinen belastenden Aussagen bestimmt worden sein. Bei der Hauptverhandlung hat der Zeuge als einziger seine Aussagen aufrechterhalten.

Die Verhandlung nimmt am Montag ihren Fortgang.

Erfolgreicher Hungerstreit

Nach häufigem Hungerstreit ist in Freiberg der seit Anfang Februar in Unterforschung stehende Kommunist Kratowski freigelassen worden. Er soll der Urheber des an dem bekannten Freiberger Blattkabinett auf Bürgermeister Dr. Genie erfolgten täglichen Angriffs sein. Nach den übereinstimmenden Auskugen mehrerer Augenzeugen soll Kratowski im Gegenteil auf die Menge beruhigend eingewirkt haben. Er ist Kommunist, aber einer von den wenigen, die sich mit alter Einsicht gegen jede Art des Putschismus gewandt haben, und in weiten Kreisen als ruhiger und besonnener Mann bekannt. Den Anlaß zu der Nahrungsverweigerung hat ihm die Tatsache gegeben, daß die für den 28. Juni angelegte Hauptverhandlung abgesetzt wurde, weil der Hauptbeschuldigte, Bürgermeister Genie, sich auf Urlaub befindet. Also lediglich aus Rücksichtnahme auf die Erholung des einen wurde die Gewalttat des andern gesäuberter; denn Kratowski ist ein schwieranter Mann, der sich bereits seit Monaten in Behandlung des Gerichtsarztes befindet. Sein Zustand ist durchaus bedenklich.

Berliner Rathauslämpfe

Seit Monaten wird in der Berliner Stadtverordnetenversammlung um den Abbau der befehlten Magistratsmitglieder gekämpft. Schon bei der Wahl des Nachfolgers für den verstorbenen Genossen Ritter an den Posten des Berliner Bürgermeisters zeigte sich, daß der Bürgerblod trotz allen Rücks in seinem Reihen planmäßig darauf ausging, den sozialdemokratischen Einfluß in der Verwaltung der Vermillionenstadt zurückzudringen. Freilich wäre das nicht gelungen, wenn sich die Kommunisten damals hätten entschließen können, dem sozialdemokratischen Kandidaten, nämlich mir ihrer Stimme zu geben. Da fünf Bürgerliche dem reaktionären Volksparteier Dr. Schulz nicht auf den Bürgermeisterstuhl verzichten wollten, hätten ihre Stimmen ausgereicht, die Wahl eines Reaktionärs zu verhindern.

In diesen Tagen muß es sich entscheiden, ob es den bürgerlichen Parteien gelingt, ihr Ziel im Berliner Rathaus zu erreichen. Sicher hat die sozialdemokratische Fraktion den Abbau hinauszuschieben vermocht. Die Entscheidung wird bei der festen Haltung unserer Genossen auch kaum vor dem 1. Juli fallen. Immerhin ist es eine Widerheit nicht möglich, die Entscheidung überhaupt zu vermeiden. Der Ausgang des Kampfes ist freilich noch vollständig ungewiß. Da die Wahrheitsverhältnisse sehr unsicher sind, mit beginnender Parteizeit zahlreiche Veränderungen in der Präsenz erfolgen und außerdem die Kommunisten sich diesmal geschlossen mit der Sozialdemokratie gegen den Abbau wenden, weil er auch gegen einen kommunistischen Stadtrat gerichtet ist, so ist keineswegs von vorneherein sicher, daß die Bürgerlichen ihr Ziel erreichen. Auf jeden Fall wird es im Ergebnis von wenigen Stimmen abhängen.

Der Hauptkampf richtet sich gegen den Stadtschulrat Paulsen. Gegen ihn ist mit allen Mitteln der üblichen Verleumdung in der bürgerlichen Presse gehext worden. Von den sogenannten Radikalen des Schulcliques Koch angefangen gibt es keine Gemeinschaft, die Paulsen nicht vorgeworfen wird. Erfreulicherweise hat sich aber die Berliner Lehrerschaft in mehreren Entschließungen hinter Paulsen gestellt. Insbesondere die Volkschullehrer empfinden sehr eifrig, daß der Kampf der unter bevorbereitete Führung des demokratischen Berliner Vorsteuertendenzen weiter geführt wird, sich in erster Linie gegen den früheren Volkschullehrer richtet. Da ein Abbau aus politischen Gründen nach dem letzten Wort laut des Gesetzes nicht zulässig ist, sind die bürgerlichen Parteien in letzter Minute auf die rettende Idee verfallen, nicht die Person des Stadtschulrats, sondern seine Stelle abzubauen. Jede kleine und mittelalte Leiter für das Schulwesen angestellt. Die Vermillionenstadt Berlin soll ohne einen Schulmann als Magistratsmitglied auskommen. Sich zum Schmerz der Berliner Bürgerlichen Parteien hat aber der zuständige Ausschuß des Preußischen Landtags eine Entschließung angenommen, nach der bei Wiederbefreiung einer Stelle der frühere Inhaber in erster Linie zu berücksichtigen ist.

Sollte es der sozialdemokratischen Obstruktion im Becliner Rathaus nicht gelingen, die endgültige Entscheidung über die Ferien hinauszuschieben, dann wird zweifellos gegen den Reichstruch des Bürgeriums Beschluß eingezogen werden müssen. Wenn die richterliche Instanz, die zur Entscheidung strittiger Rechtsablaangelegenheiten eingesetzt ist, zu Recht entscheidet, kann sie nicht anders, als einen solchen Abbau für ungültig erklären. Sollte diese Instanz versagen, so bliebe der Appell an das Staatsministerium.

Der Kampf geht außerdem um drei andre sozialdemokratische Magistratsmitglieder. Vereits vor dem Abbau ist der Berliner Magistrat durch Ausscheiden einiger befehlter Stadtältesten wie durch Übertritt der Stadtältesten für Hochbau und Medizinalwesen bedeutend verkleinert worden. Der jetzt noch weiter beabsichtigte Abbau dient lediglich dem Zweck, die sozialistische Rechte im Magistrat zu brechen. Er erfordert auch aus diesem Grunde als rechtsgültig. In diesen drei Fällen ist es zudem noch fraglicher, ob es dem Bürgerium gelingt, seine eigene Wehrheit zusammenzuhalten. Jedenfalls sind die Berliner Kämpfe ein Beweis dafür, daß die bürgerlichen Parteien in der kurzfristigen Weise genugt, den Bogen gegenüber der Sozialdemokratie zu spannen. Es fehlt in der Kreise nicht an Drohungen mit Auflösung der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß als Antwort auf die sozialdemokratische Abwehrrede die Auflösung der Versammlung erzwungen wird. Die Berliner Rathausfraktion hat auch zu dieser Möglichkeit Stellung genommen und ist entschlossen, in ihrem Kampf um das Recht auch vor diesem Eventualfall nicht zurückzuschrecken.

Sport • Spiel • Förderung

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bez. Dresden. 1. Gruppe. Bis morgen Dienstag, 5 Uhr, müssen alle Meldungen für die Herren und Genossinnen bewirkt sein, die mit nach Karlshafen zum Turnfest fahren. Die Meldungen von den Versammlungen nimmt nur Genossen Strohsack, Wolfsbrück, 9. entgegen. - Deutscher Arbeiter-Sport-Verein. 28. 6. - 29. 6. 1. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 2. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 3. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 4. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 5. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 6. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 7. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 8. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 9. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 10. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 11. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 12. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 13. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 14. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 15. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 16. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 17. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 18. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 19. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 20. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 21. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 22. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 23. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 24. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 25. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 26. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 27. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 28. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 29. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 30. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 31. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 32. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 33. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 34. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 35. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 36. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 37. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 38. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 39. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 40. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 41. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 42. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 43. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 44. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 45. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 46. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 47. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 48. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 49. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 50. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 51. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 52. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 53. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 54. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 55. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 56. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 57. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 58. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 59. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 60. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 61. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 62. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 63. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 64. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 65. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 66. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 67. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 68. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 69. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 70. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 71. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 72. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 73. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 74. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 75. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 76. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 77. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 78. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 79. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 80. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 81. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 82. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 83. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 84. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 85. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 86. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 87. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 88. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 89. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 90. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 91. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 92. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 93. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 94. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 95. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 96. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 97. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 98. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 99. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 100. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 101. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 102. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 103. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 104. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 105. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 106. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 107. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 108. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 109. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 110. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 111. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 112. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 113. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 114. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 115. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 116. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 117. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 118. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 119. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 120. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 121. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 122. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 123. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 124. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 125. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 126. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 127. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 128. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 129. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 130. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 131. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 132. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 133. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 134. Gruppe. 28. 6. 29. 6. 135. Gruppe.

Gewerkschaftsbewegung

Die Enttäuschung der Beamten

Aus Beamtenkreisen geht uns folgendes Schreiben zu, das die Stimmung wiedergibt, die nach den Befolgsungsdebatte im Reichstag in der unteren und mittleren Beamenschaft herrschte:

Wieder einmal hatte die Beamenschaft alle Hoffnungen auf den Reichstag gezeigt. Wieder einmal ist sie grau am entzündlichen und großzügigen Anträge aller Parteien, um die Not in den unteren und mittleren Gruppen zu befeißen. Allgemeine Verurteilung des unseligen Befolgsungsreform und des eigenmächtigen Vor gehens der Regierung. Langere Pause. Ausführungen, kompromittierende Aussichten für Gruppen 1 bis 6, glänzende Rede im Reichstag. Ja und Amen, Schluss. Der Vorhang fällt und die Beamten hungen weiter.

Ein Oberst a. D. erläutert Befont für Null und Nachzahlung für Juni über 1000 M. Dafür darf er auch die Republik seines Landes. Undre Arbeit für den Staat leistet er nicht. Diese förmlichen Beziehungen werden noch um das erhöht, was die Vertretung mehrerer Eigentumsfabrik einbringt. So sieht der heutige Staat aus. Und der Reichstag macht das mit. Das war die große Aktion für die unteren und mittleren Beamten. Keine nennenswerte Ausgleichung der Spannung zwischen den einzelnen Gruppen.

Wäre es nicht möglich gewesen, mit den vorhandenen Mitteln eine soziale Staffelung durchzuführen? Würken die oberen Gruppen 71 Prozent bekommen? Hätten 81 Prozent nicht auch ausgedient, um die letzte Not in diesen Gruppen zu lindern? Hatte der Reichstag nicht die Macht in den Händen, diese Sache herabzusehen? Vielleicht hätten die bedürftigen freierwerbenden Mittel zusammen mit den von der Regierung zur Verfügung gestellten 71 Millionen Mark gerade gelangt, um einen breu nützigen Ausgleich zu schaffen und die größten Härten zu befeißen. Wenn schon diese bürgerliche Regierung kein soziales Verständnis besitzt, so hätte man es doch wenigstens von den Volksvertretern erwartet. Mindestens müsste im Reichstage ein klarer Beschluß in diesem Sinne herbeigeführt werden, daß die Regierung zur Stellungnahme zwang. Die Ausrede, es handelt keine Mittel zur Verfügung, wäre dann hinfällig gewesen. Und die Beamten hätten das wahre Gesicht der Regierung und der bürgerlichen Parteien erkannt. So gab es wieder ein Komromiß, mit dem niemand wirklich geholfen ist. Was nützen schließlich alle Proteste, wenn der Reichstag so jämmerlich veragt. Was hier geleistet worden ist, ist förmliche Bureaucratiearbeit. Die Beamenschaft erwarte diesmal eine wirtschaftlich großzügige Gestaltung der Befolgsungsregelungen der Regierung entzogen worden. Aber hier liegt wenigstens eine klare Entscheidung vor. Der Antrag wurde abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Das nächste Befolgsungsblatt der Regierung ist den bürgerlichen Parteien des Reichstages zu danken. Denn alle schönen Reden hätten doch keinen Sinn, wenn man nicht verhinderte, daß in Zukunft ähnliches geschehen könnte. Kollegen, erkennt das wahre Gesicht jener Parteien und handelt danach.

Zum Manteltaservertrag der Gemeindearbeiter

Unter dieser Überschrift teilt der Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden den Sachstand der Verhandlungen mit den Gemeindebeamten mit. Die Schlußreden können den Eindruck erwecken, als ob der Reichsarbeitsverband tatsächlich sehr bemüht habe, mit den Arbeitnehmern zu einer neuen tragbaren Vereinbarung zu gelangen. Das Gegenteil trifft zu. Wenn von den besonderen Vorteilen der Gemeindebeamten gesprochen wird und diese nach den Vorschlägen des Reichsarbeitsverbandes für den neuen Reichsmantalarbeitsrechtlich aufrechterhalten bleiben, so erscheint es schon nötig, den tatsächlichen Sachverhalt der Dessenlichkeit nicht länger vorauszuhalten.

Der Reichsarbeitsverband fordigte dem Verband der Gemeinde- und Staatsbeamter des Reichsmantalarbeitsverbandes auf. Gemeinde- und Staatsbeamter hat die Rücksicht ausgesprochen, wie vom Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden behauptet wurde. Bereits in den ersten Verhandlungen stellten sich eine große Anzahl Differenzpunkte heraus und die für den 11. und 12. Juni angekündigten erneuten Verhandlungen bestätigten nur Streitigkeiten über einige untergeordnete Punkte. Streitigkeiten insbesondere die Fragen des Geltungsbereiches, der Arbeitszeit, der Brüderungsabteilung für Nach- und Sonntagsarbeit, Vergütung der Wochenfeiertage und des Krankengeldzuflusses sowie des Urlaubes und Ruhegeldes. Nach zirka siebenstündiger Verhandlung brachen die Arbeitgeber am zweiten Tage deshalb die Beratungen ab, weil die Arbeitnehmervertreter sich nicht dazu verleben konnten, grundsätzlich die 54-stündige Wochenzeit zu akzeptieren. Im Entwurf verlangten die Arbeitgebervertreter sogar noch die Möglichkeit einer besonderen darüber hinausgehenden Arbeitszeitverlängerung. Der Geltungsbereich sollte stets eingeschränkt und damit eine Angabe von Gruppen herausgenommen werden. Für dienstplanmäßige Nach- und Sonntagsarbeit sollten Wohnaufenthalte nicht zu lässig sein. Jetzt erhalten die sächsischen Gemeindebeamten im ersten Halbjahr 10 Prozent und im letzten 50 Prozent Zuschlag. Der Überbrückungsurlaub soll auf 10 bis 15 Prozent ermäßigt werden. Den Urlaub beabsichtigte der Reichsarbeitsverband um durchschnittlich 7 Tage zu verzögern. Dabei beginnt der Urlaub für die Mehrheit nach der jetzigen Fassung des R. A. L. nach einem Jahre mit 4 Tagen und endet bei 20-jähriger Dienstzeit mit 17 Tagen. Im Konkurrenzfall wird den Gemeindebeamten nach dem R. A. L. unter Erneuerung des Krankengeldes unter verschiedenen Voraussetzungen ein Krankenlohn von 60% bis 80 Prozent des tatsächlichen Gehaltes gezahlt. Der Reichsarbeitsverband schlägt eine Herabsetzung auf 50 bis 60 Prozent, je nach der Dienstzeit vor. Dabei bliebe der Betrag in den meisten Fällen unter dem regulären zu zahlenden Krankengeld zurück, würde der Gemeindebeamter nur geringe Zuflüsse verursachen. Trotzdem findet nun noch der Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden den Mut, zu behaupten, daß nach den Vorschlägen des Reichsarbeitsverbandes alle Rechte grundsätzlich aufrechterhalten bleiben. Das ist — gelinde gesagt — eine Irreführung. Diese geplanten Abänderungen entsprechen durchaus nicht einer Notwendigkeit auf Grund der bisherigen Erfahrungen. Sie entsprechen nur den Wünschen des ins Schleppen der staatlichen Arbeitgeberverbände gekommenen Reichsarbeitsverbandes, dessen Vertragsentwurf alle Machtpolitik der Unternehmensverbände aufzeigte. Von einer vernünftigen kommunalen Sozialpolitik kann hier nicht mehr die Rede sein.

Und wie sieht denn der Ruhelohn aus, der den Gemeindebeamten gewährt wird, zu dem die sächsischen Arbeitnehmer 24 Prozent ihres Lohnes beitragen? — Nach erfüllter 10. Dienstjahr hat der Arbeiter Anspruch auf Ruhelohn, wenn er zu arbeiten als der bisherige Arbeit nicht verhindert erhielt. Hat er das 65. Lebensjahr vollendet, ist seine dauernde Arbeitsunfähigkeit ohne weiteres anzunehmen. Der Ruhelohn steigt von 26 Prozent bis zu 80 Prozent nach 40-jähriger Dienstzeit, die in den allerseitigen Fällen erreicht werden wird. Als Beispiel sei nur ein Arbeiter mit zehnjähriger Dienstzeit und einem Aufhollohn von monatlich 21,54 M. und ein solcher mit 25 Jahren Beschäftigung bei der Gemeinde und einem Ruhelohn von 40 Prozent — 84,94 M. monatlich erwähnt. Die Witwe dieses Arbeiters erhält im ersten Falle ein Witwengeld von monatlich 10,99 M. und im zweiten 18,88 M. Eine tüchtige gealterte Arbeiterin oder Reinigungsfrau bezieht nach zehnjähriger Tätigkeit einen Ruhelohn von 15,60 M. und nach 25 Jahren einen solchen von 24,90 M. pro Monat. Neben diesen Ruhelönen wird aber keineswegs die Inhaberrente noch gewährt, sondern diese findet auf die Ruhelohnrente Anwendung, so daß der Gemeinde in vielen Fällen in der Tat nicht absicht zu leisten droht bleibt. Diese Leistungen an die im Ruhelohn beständlichen Arbeit-

bedürfen der schnellsten Verbesserung, wenn diese an Arbeitsträger verbraucht nicht noch weiter der Verelendung und dem Siechthum verfallen sollen.

Wenn der Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden in seiner Fassung davon spricht, daß er von jeder Partei darauf gelegt habe, die Arbeitsverhältnisse tatsächlich so zu regeln, daß sie die Interessen der Arbeitnehmer in weitestgehendem Umfang berücksichtigen, so liegt zweifellos die Absicht in der Reichsmantalarbeitszeit nicht vor, und der Arbeitgeberverband Sächsischer Gemeinden wird demnächst Gelegenheit haben, das hier Gesagte in die Tat umzusetzen.

Kurzbeimige kommunistische Lügen

Kommunisten sabotieren die Sammlungen für Bergarbeiter. Der kommunistische Stadtverordnete Willi Schneider scheint von Zeit zu Zeit das Gedächtnis zu haben, keine Partei zu beweinen, doch er von jeder Partei darauf gelegt habe, die Gewerkschaften der Sozialdemokraten gegen die Bergarbeiter, die von Bergbauern und Bureaucraten geplündert werden. Die KPD hat in der letzten Zeit nur so winnert. Die R.P.D. hat in der letzten Zeit einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem sie für die Berg- und Holzarbeiter 5000 Mark zu Unterstützungs zwecken forderte. Unsre Fraktion mußte sich gegen diesen Antrag wenden, weil es nach den gezielten Vorschlägen nicht möglich gewesen wäre, diesen Antrag durchzuführen. Die Bergvogt nimmt nun Herr Schneider zum Anlaß, um uns vorzuwerfen, daß wir „Anhänger“ und auf Seiten des Bergbaulichen Vereins gestellt hätten, und greift insbesondere unsern Stadtverordneten Arnhold an.

Wie liegt nun der Sachverhalt. Lange bevor die Kommunisten daran gedacht haben, ihren Antrag zu stellen, hat die Stadtverwaltung die Bergarbeiterfamilien unterstützt. Sie hat bei ihrer Unterstützungsaktion sich nach den Rücksichten des Reichsarbeitsministeriums gerichtet. Diese Unterstützung hat auch das volle Verständnis und die Willigung der Bergarbeiter gefunden; denn es lag im Interesse der Bergarbeiter, daß bei der Unterstützungs auszahlung die persönlichen Beziehungen berücksichtigt werden. Das war nur möglich, wenn mit Hilfe der ehrenamtlichen Wohlfahrtspflege die Unterstützung durchgeführt wurde. Es sei jedenfalls betont, daß auch die Bergarbeiter mit dieser Regelung einverstanden waren. Die Kommunisten glaubten aber, etwas besonderes tun zu müssen, indem sie einen besondern Antrag stellten. Der Stadtverordnete Arnhold hat nicht erklärt, daß er gegen die Verwendung öffentlicher Mittel sei, sondern hat in seinen Ausführungen betont, daß eine begrenzte Summe nicht bewilligt werden darf, weil sonst die Stadt eine konventionelle Strafe zu gewähren hat.

Auch die Kommunisten werden wissen, daß unsre Stadt bereits einmal wegen der Unterstützung ausgeschwister Gütekulturfabrikarbeiter eine Strafe von 10000 M. zahlen mußte. Ferner dürfte den Kommunisten nicht unbekannt sein, daß unsre Fraktion gefordert und auch bereits durchgesetzt hat, daß im Freital die Rücksichten der sächsischen Landesregierung für die Unterstüzung beider Arbeiter in weitestgehender Weise ausgelegt werden. Das ist möglich, wenn mit Hilfe der ehrenamtlichen Wohlfahrtspflege die Unterstützung durchgeführt wurde. Es sei jedenfalls betont, daß auch die Bergarbeiter mit dieser Regelung einverstanden waren.

Um Gegenjag zu diesem Eintritt der R.P.D. für die Bergarbeiter zeigten die Kommunisten offen in den Betrieben, daß sie nichts für die sterbenden Bergarbeiter übrig hatten. Bei Seidel und Raumann s. B. haben die Kommunisten die Arbeiterschaft aufgerufen, nicht auf die Liste des A. D. G. B. und des Bergarbeiterverbandes zu setzen. Diese Festsellung unseres Genossen Arnhold war den Kommunisten zwar unerwünscht, konnte aber nicht widerlegt werden.

Wenn weiter davon gesprochen wird, daß in Wilsdruff und Dresden unsre Partei den kommunistischen Anträgen zugestimmt habe, so stimmt das auch nicht. Im Wilsdruffer Stadtverordnetenkollegium kann keine Kommunisten und können dementsprechend die Arbeiterschaft aufgerufen, nicht auf die Liste des A. D. G. B. und des Bergarbeiterverbandes zu setzen. Diese Festsellung unseres Genossen Arnhold war den Kommunisten zwar unerwünscht, konnte aber nicht widerlegt werden.

Wenn diese ganze Schreiberei mit der Aufforderung schließt, die „sozialistische“ Volkszeitung aus dem Hause zu werfen, so mutet dieser Antrag aus kommunistischem Mund ganz besonders seltsam an. Die R.P.D. schlägt die Freitaler Arbeiterschaft doch etwas gar zu niedrig ein, wenn sie glaubt, daß in Freital nichts von den entlosten Gewerkschaftsbeteiligungen zwischen Kommunisten und Faschisten und dem häufigen Zusammengehen dieser beiden Parteien bekannt ist. Die Kommunisten führen also mit derartigen Vorwürfen gegen andre etwas vorsichtiger sein und sich lieber an ihre eigene Nase fassen.

Die Verschlechterung hält an

Der Arbeitsmarkt in Dresden zeigt nach einem Bericht des öffentlichen Arbeitsnachweises in der Woche vom 21. bis einschließlich 27. Juni eine weitere Verschlechterung. Die Ausdehnung von Kurzarbeit und Aussehen hat erheblich zunommen. Die Zahl der unterstützten Ausseher ist von 680 auf 1800 gestiegen. Insgesamt dürfen im Dresden der Bezirk zur Zeit etwa 2200 Ausseher vorhanden sein. Auch die Zahl der

unterstützten Bollerwerkslosen weist eine Zunahme um 900 auf 4800 auf. Der Bedarf an Arbeitssuchenden hat sich mit 18 800 umgekehrt auf der Höhe der Vorwoche gehalten, da die Auhenberufe sowie die Tabak- und Konfektionsindustrie für Arbeitskräfte aufnahmefähig blieben.

In der Metallindustrie ist die Lage besonders ungünstig. Auch das Bekleidungsgewerbe zeigt eine erhebliche Zunahme der Arbeitssuchenden. Als Entlassungsgrund wird in allen Fällen der Kapitalmangel angegeben. Im Holzgewerbe besteht wegen der nunmehr 5 Wochen dauernden Ausperrung keine Vermöglichkeit.

Die Landwirtschaft war auch für Ungelernte aufnahmefähig. Die Gärtnereien nahmen Entlassungen vor. Im Baugewerbe sind noch einige Betriebe durch Streik stillgelegt. Die Zahl der Arbeitssuchenden hat etwas zugenommen, da namentlich auch im Baugewerbe der Kapitalmangel äußerst hemmend in Erscheinung tritt. Trotzdem ist die Lage für ältere Ungelernte und Erwerbsbeschäftigte. Kaufmännische und Büroangestellte meldeten sich wieder in größerer Zahl arbeitslos. Auch in der nächsten Zeit ist mit weiteren Entlassungen jüngerer Angestellten zu rechnen. Alle Versuche, daß von Schönern und Banken abgediente Personal anderweitig unterzubringen, waren infolge der allgemeinen Betriebs einschränkungen bisher nahezu erfolglos.

Keine Änderung der Kreditpolitik

Der Zentralausschuß der Reichsbank hält am Freitag in Anwesenheit des Reichsbankpräsidenten eine Sitzung ab. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht führt im Verlauf der Besprechungen u. a. folgendes aus: In Übereinstimmung mit dem Beschlusse des Centralausschusses in seiner letzten Sitzung sind inzwischen die gesetzlichen Bestimmungen über die Geschäftsausübung in der Richtung geändert worden, daß der mißbräuchlichen Anwendung ein Riegel vorgeschoben ist. Nach den Feststellungen der Reichsbank handelt es sich bei den Konflikten, Zahlungseinrichtungen und Geschäftsaufnahmen der letzten Monate ganz überwiegend um Nachriegsgründungen, und von diesen wieder in der Hauptstadt um Firmen, die in der Zeit der stärksten Inflation entstanden sind. Die Reichsbank wird wie bisher jeden Fall, wo sie um Hilfe in Kapitalnot angegangen wird, sorgfältig prüfen und, soweit es mit den währungspolitischen Interessen vertretbar ist, helfen, wie dieses auch in den vergangenen Wochen geschehen ist. Eine generelle Änderung der bisher befolgten Kreditpolitik kann indes vorläufig nicht in Aussicht genommen werden.

Auf die bevorstehenden Rendungen gemäß dem Darlehensvertrag eingehend, teilte Schacht mit, daß auf Grund des Sachverständigentutzens zu errichtende Wahrungsbank die Reichsbank sein wird, die in einer den Vorschlägen der Experten entsprechenden Form weiterstehen bleibt, und für die, soweit sich bisher übersehen läßt, eine Zusammenlegung der Aktien im Verhältnis von 2:1 in Aussicht genommen werden kann. Das Mindestkapital der Reichsbank wird 300, das Höchstkapital 400 Millionen Goldmark sein, wobei die Anteilseigner der Goldbankkontrollant auf ein gewisses Umlaufrecht für ihre Aktien in Reichsbank erhalten sollen. Die Festlegung des Diskontsatzes der Reichsbank bleibt nach wie vor allein in den Händen des Reichsbankvorstandes.

Der Deputierte des Centralausschusses, Herr Dr. v. Schmalbach, erläuterte dann das Gutachten des Centralausschusses über die Bilanz und die Gewinnberechnung dahin, daß der Centralausschuß nicht zu erkennen habe und mit der vorgeschlagenen Dividende von 10 Millionen Mark für je 1000 M. Anteil sowie mit der im Geschenktwurf vorgeschlagenen Gewinnbeteiligung des Reichs in Höhe von 10,8 Trillionen Mark einverstanden sei.

Vorname ist Politik: Kurt Heilmann; für Gewerkschaftliches Handwerk und Bauwesen: Max Saenger; für Dresden: Bruno Schmid; für Chemie: Franz Goldschmidt; für den Unterhaltungssektor: Paul Weiland; am Dienstag in Dresden: Max Weiland; Dresden: Dr. und Verlag von Gabriele & Co. Dresden.

Neustädter Schauspielhaus.

Montag den 30. Juni, abends 7½ Uhr

Letztes Gastspiel Hermine Körner Letzte Aufführung der Spielzeit!

Kapitän Braßbounds Bekehrung

Ein Abenteuer in drei Akten von Bernhard Shaw. Aufführung am Tagesschluß von 10 bis 2 Uhr und ab 5 Uhr sowie im Stiebmans-Theater und im Jauhland.

Telephonische Bestellungen: 10671.

11371

**20% Rabatt
auf alle Waren**

Modehaus

Dreßler

Prager Straße 12

Iw 200

Parteipresse und Parteitag

(Schluß.)

Rheinische Zeitung, Köln

So ungemeinlich ist diesmal der Spruch des Parteitages, so überlegen die Mehrheit, und ja lärmendlich war das Auftreten der meisten oppositionellen Redner, daß wir nicht daran zweifeln: In Berlin gewiesene Linie wird von uns allen eingehalten werden. Der Parteitag hat gesprochen. Sein Beschuß ist und bleibt. Wir marschieren.

Gesehen wir uns noch oppositionellen Parteifreunden zu, daß sie auch auf dem Parteitag, wie meist im Lande, mit größerer Aktivität aufgetreten sind als die Mehrheit. Aber haben sie wirklich Anspruch auf die geistige Führung der Partei? Wir billigen ihnen gerne zu, daß auch aus ihren Reihen manches treffende Wort gefallen ist, aber es bleibt doch die Tatsache, daß nun die allermeisten selbigen Höfe der Partei, auch die aus der ehemaligen U. S. P. fest auf dem Boden der Mehrheit stehen.

Volksschatt, Bremen

So erfüllte der Parteitag bis aufs lezte seine Pflicht! Er wurde wegweisend in allen politischen Fragen und schaffte insgesamt die notwendige Ablösung in den bisher umstrittenen politischen Fragen. Das gilt neben den Wirtschaftsfragen von der Koalitionspolitik, dem sächsischen Konflikt und der Haltung unserer Partei zu dem Staate von heute.

Ehener Arbeiterzeitung

Es ist auf dem Berliner Parteitag von den Genossen, die sich selbst Opposition benannt, viel von Klassenkampf geredet worden. Genosse Dittmann sprach als Führer der Opposition sogar vom „überwältigten Klassenkampf“, für den sich der Parteitag noch durch einen besondern Antrag erklären sollte. Die übergroße Mehrheit der Delegierten lehnte es ab, sich durch den Parteitag zu Klassenkampf stempeln zu lassen. Die Antragsteller aber hätten den Parteitag besser mit solchen Anträgen verschont, denn sie haben damit nicht nur der Partei, sondern ihrem Ansehen als Sozialdemokraten den allerabschärfsten Dienst erwiesen.

Volkswille, Hannover

Die Kommunisten können sich nicht genug tun, die „Mehrheit“ und „Opposition“ auf dem Berliner Parteitag festzustellen. Ihre Wit darüber beweist nur, daß sie von der Opposition in der Sozialdemokratie nur zu erbauen wagen. Und in der Tat: in dieser Frage war der Parteitag von den „Rechten“ bis zur äußersten „Linien“ ein festgesetzter Blod, an dem sich kommunistischer Blod und kommunistische Demagogie die Röhne brechen werden. Das wird die Zukunft lehren. Es steht der R. P. D. übrigens recht gut an, von der „Mehrheit“ der Opposition in der Sozialdemokratie zu reden. Freilich, in der R. P. D. gibt es keine Opposition. Wer sich nicht bedingungslos den Glaubenssätzen der Moskauer Herrschaft fügt, der „steigt“ aus der Partei hinaus, bevor ihm die Möglichkeit nachdrücklicher Oppositionsaufgaben gegeben ist. Und so etwas nennt sich die Partei des Proletariats! Gut Glück, ihr Herrschaften! Nur zur Opposition... Die Mehrheit des Parteitages wäre dankbar gewesen, hätte die Opposition ihr Wege zeigen können, wie der Befreiungskampf des Proletariats schneller würde vorwärts gerieben werden können. Das konnte sie nicht. Ist die Opposition ein Unglück für die Partei? Ich sage: Nein! Im Gegenteil: Wir können uns höchstwürdigen, Glieder einer Partei zu sein, in der nicht Totenstille herrscht, sondern in der die Geister ringen, um dem Fortschreiten der proletarischen Bewegung die praktische Linie und Form zu geben.

Vollfreund, Karlsruhe

Dort schreibt „Hegtmann“ (Georg Schöpflin?): Der Parteitag hat den erwarteten ruhigen und sachlichen Verlauf genommen und in drei Tagen eine anerkennenswerte Summe wertvoller Arbeit geleistet. Die Regie war auf der Höhe; der Parteivorstand hat seine Geschicklichkeit auf diesem Gebiet erneut bewiesen. Auch die Schlussreden kamen

jedesmal so prompt im richtigen Augenblick, daß mit Erfolg der sonst drohenden unruhen Nebel gesteuert werden konnte. Parteivorstand und Reichstagsfraktion haben seit der Nürnberger Vereinigung reichlich die heftigste Kritik über sich ergehen lassen müssen, daß schon die beinahe unverwüstliche Kraft der Sozialdemokratie dazu gehört, die oft systematisch geübt und manchmal wenig drüber geholte Kritik ohne ernste Bedeutungen für die Partei zu überstechen.

Schlesische Bergwacht, Waldenburg

Das vielleicht merkwürdigste Urteil fällt das Waldenburger Parteivorstand, das zu Zeiten des Ernächtigungsgegesetzes vorgab, auf dem Boden der Opposition zu stehen. Es scheint:

Jetzt Politik überhaupt zu treiben ist eine sehr schwere Sache, weil alle Daseinsverhältnisse vollständig verworfen und damit auch vollkommen unüberlebar waren, es vorausichtlich auch noch für eine lange Zeit bleiben werden. Das nun aber auch noch als verantwortungsbewußte Arbeiterpartei tun zu müssen, ist eine Aufgabe, die eben am Ende auf die Rückertheit hinauslaufen kann, dann sterkes Herworten auf dem Berliner Parteitag wie so schmerzlich empfunden haben. Politik ist jetzt mehr denn je zuvor tatsächlich nur die Kunst des Möglichen, auch für die Sozialdemokratie; und deshalb wird sie immer mehr eine jugendliche handwerksmäßige Bildung werden, die auf das berufsmäßige Politiker- und Parlamentarierium der westlichen Republiken hinausläuft. Große Grundsätze und Richtlinien lassen sich dafür nicht aufstellen, vielmehr wird mit jedem Wechsel der Verhältnisse auch ein Wechsel der eigenen Stellung eintreten, wobei es meistens nur auf die Abwendung der Macht des Gegners und der Verhältnisse der Vor- und Nachteile dieser oder jener Haltung, der Auswirkung irgend einer parlamentarischen Handlung ankommt. Insolgedessen sind uns auch die großen theoretischen Auseinandersetzungen für die Zukunft erwartet oder auch unmöglich gemacht, die früher das Parteitreiben der Sozialdemokratie so erfüllten und namentlich den Parteitagen ihr besonderes Gepräge gaben...

Das sagt aber nicht, daß es damit unter allen Umständen sobleiben muß, wie es jetzt in Berlin gewesen ist, vielmehr stehen wir auf dem Standpunkt, daß man auch die noch manches tun kann, was den großen Reichstagungen der Sozialdemokratie einen gewissen Schwung, eine gewisse Wärme und auch eine gewisse geistige Frische gibt, die wohlwollen und belebend ausstrahlt auf unsre gesamten Mitgliedschaften und weit darüber hinaus.

Arbeiterzeitung, Wien

Unser Wiener Bruderblatt bringt eine Betrachtung von einem österreichischen Teilnehmer (Otto Leichter); es heißt darin:

Trotzdem die Opposition in der deutschen Partei verhältnismäßig stark ist und insbesondere auf die geschlossene Anhängerschaft einiger Einzelstaaten hinweisen kann, konnte sie jedoch ihre Anhänger nicht geschlossen entwölfern, da der Parteitag in einer norddeutschen Schärfe mit Wehrheit beschloß, der Opposition kein Korrektur anzubürgeln. Es wurde der Untergang sogar übernommen, daß sie sich an den Wortmeldungen sehr zahlreich beteiligte und durch frühe Meldung an die Spitze der Rednerliste zu kommen trachtete.

Die gewissen Gegensätzlichkeiten der Meinungen, die eigentlich in der deutschen Sozialdemokratie vor dem Kriege bestanden haben, dürfen nicht dazu verführen, die deutsche Partei für innerlich zerstört zu halten. Gerade die platte Wöfung der sächsischen Frage ist ein starker Beweis der inneren Kraft der Partei und ihres Willens zur Einheit.

Im ganzen hat, trotz allen unerfreulichen Einzelheiten, trotz allem Haft an der Tradition der Partei gezeigt, daß es auch in Deutschland wieder vorwörthiegt. Nicht nur noch außen in einer Annahme der Mitglieder und größerer finanzieller Stärke der Organisation, sondern auch noch innen in der allmäßlichen Wiedereinsetzung jenes Elans und jener Entschlossenheit, die die deutsche Sozialdemokratie vor dem Kriege zur Vorbildung der Internationale gemacht hat. Die Verstärkung der Klasse gegenwärtig auch in Deutschland wird diese Entwicklung beschleunigen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die es nach wie vor ablehnt, Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse zu gewähren, muß anderseits dafür wirken, daß sich die Basis der Preise für Industrieprodukte der Preissatz der Agrarprodukte anpasse. Daher bekämpft die Sozialdemokratie auch die Zölle für Rohstoffe und Textilfabrikate der Industrie; neben Textilien insbesondere solche für Eisen und Stahl, der daraus gefertigten Erzeugnisse. Dann solche Zölle, insbesondere jetzt, wo die Textil-, Eisen- und Stahlindustrie so stark vertretet ist, dienen nur dazu, die Monopolstellung dieser Kartelle und Truste preispolitisch zu befestigen. Was die Sozialdemokratie an politischer Macht einzehlen kann, wird sie einsetzen, um diese neuen Schopfläufe des Großkapitals vom Körper unserer Volkswirtschaft fernzuhalten.

Volkswirtschaft

Die Textilenquete

Die mit diesem Tamtam angekündigte Textilenquete zur Ermittlung der Ursachen der überseitigen Textilpreise ist, wie es zu erwarten war, wie das Dornbirger Schießen verliefen. Die Kommission hat zahlreiche Sachverständige aus den verschiedensten Spezialgebieten der Textilwirtschaft vernommen. Mit dem Ergebnis kann aber, wie der amtliche Bericht selbst einsteht, nicht viel angefangen werden. Die Kommission mußte „die Angaben der Sachverständigen auf Treu und Glauben hinnehmen“, ohne Ausicht auf erfolgreiche Nachprüfung zu haben.

Die Kommission kam zu der Ruffnung, daß die Preissteigerungen vorwiegend auf die allgemeinen und die in den deutschen Verhältnissen liegenden besonderen Veräußerungsfaktoren zurückgeführt werden müssen. Die Verhältnisse sind aber in den einzelnen Betrieben zu verscheiden, so daß die Kommission nicht in der Lage war, bestimmte Schlüsse zu ziehen, in welchem Maße Steuern, Steuererhöhung der Generalumfunktion, Bucherzinsen, nicht voll befriedigend, Kauf von Rohstoffen während des Kriegs auf dem Weltmarkt, Laufauf aller Art, irrationale Erweiterung der Betriebe usw. an der Textilpreisüberhöhung beteiligt sind.

Von den Sachverständigen ist der Kommission eine ganze Anzahl kalkulatorischer Angaben aus der Vorkriegszeit wie aus der Gegenwart gemacht worden, die aber höchst verschieden waren. Bei mancher dieser Kalkulation wurde nach Errechnung der Selbstkosten der Zuschlag gemacht, indem die Spesen für den Weitervertrieb sowohl wie ein besonderer Gewinnzuschlag mit eingestellt waren. Keine dieser Kalkulationen ist ohne Einschätzung in die Bücher wirklich nachprüfbar. Sowohl die Gewinnzüge sichtbar waren, mußten sie als normal bezeichnet werden. Es war aber keine Möglichkeit vorhanden, festzustellen, ob die einzelnen Fälle, die bei der Berechnung der Selbstkosten angegeben wurden, reichlich bemessen waren und daher noch Gewinnmöglichkeiten zuließen. Mit anderen Worten, die Möglichkeit, den Preiswucherern auf die Spur zu kommen, war nicht vorhanden.

Andererseits wird das Resultat der Textilenquete das Rörchen von den preissteigernden Lohnen zerstören. Der amtliche Bericht sagt darüber: „An den meisten Fällen mußte auch, besonders bei weiblichen Arbeitsträgern, eine Steigerung der Nominallöhne im Vergleich zu den Friedenslöhnen festgestellt werden. Jedoch ist die Steigerung nicht daran, daß der Lohnanteil am fertigen Produkt in wesentlichem Maße für die Veräußerung herangezogen werden kann; dazu ist dieser Anteil verglichen mit den viel mehr gestiegenen anderen Bestandteilen des Preises, zu gering; der Lohnanteil ist zur Zeit prozentual geringer als in der Vorkriegszeit.“

Die Untersuchung über die in der Textilindustrie nicht sehr zahlreichen Preislasten hat noch nicht stattgefunden. Sie soll Anfang Juli erfolgen. Herr Hamm, der den Reichswirtschaftsrat mit dieser Enquête beauftragte, hat in der ganzen Presse unheimliche Ruhe bewiesen.

bewiesen. Wir legen auch auf die Fortsetzung der Komödie keinen Wert mehr und verlangen, daß nunmehr die Preisniedrigung vor allem durch Erhöhung der Einfuhr billigerer Auslandsgüllen vorgenommen wird.

Der Zentralverband des Deutschen Großhandels hat eine Eingabe an den Reichsjustizminister gerichtet, zur Behebung der Geldnot das Mahnungsvorrecht zu beschleunigen u. a. wird auch die Aushebung der Gerichtsferien angeregt. Wie beschäftigt die Gerichte sind, beweist die Mitteilung, daß bei dem einen Amtsgericht Berlin-Mitte im März etwa 8000, im April 11 000, im Mai 22 000 und in der ersten Hälfte des Monats Juni 12 000 Jahrlösungsfälle ausgeführt worden sind.

Die Reichsindifferenz für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Mittwoch den 25. Juni 1.11 Billionenpfund der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorkriegszeit (1.12 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 0.9 v. H. zu verzeichnen.

Bedeutende Stilllegungen. Wie der Voss. Jtg. aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, sind in Birmensdorf und Umgebung in den letzten Tagen nicht weniger als 170 Betriebe stillgelegt und dadurch mehr als 4000 Arbeiter arbeitslos geworden. Die hierdurch herverursachte Notlage hat den Reichstagsabgeordneten Hermann Holmann in Ludwigshafen veranlaßt, bei den maßgebenden Instanzen die nötigen Schritte anzutreten, damit der durchbare Rat gestellt werde. Trotz der staatlichen Unterstützungsaktion sieht sich, wie die Börsenzeitung meldet, die Wuppertaler Kupferhütte der Hermannshütte aufzugeben. 2000 Arbeiter und Angestellte wurde gefeuigt. 850 davon werden auf Nachbarschäfte übernommen.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen

vom 28. Juni

Preise in Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches. Getreide und Getreideöl je Tonnen, alle übrigen Artikel je 100 Kilogramm. Weizen, märz. 138—141 (136—141), Roggen, märz. 120—129 (120—129), Gerste, Brot- 138—146 (138—146), Gerste, Rüttel, 127 bis 135 (127—135), Hafer, märz. 121—131 (120—131), Hafer, pomme. — (—), Mais, lato Berlin — (—), Weizenmehl 20,00—23,25 (20,50 bis 23,25), Roggengehl 18,00—20,75 (18,00—20,75), Biskuit-Gebäck 19,00—20,00 (19,00—20,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Varian.

Aus aller Welt

Das unterhöchste Preisniveau

Zus Chemnitz wird unter dem 24. Juni gemeldet: Im benachbarten Oelsnitz steht infolge der außerordentlich starlen Regenfälle am Sonntag und Montag der ganze mittlere Stadtteil unter Wasser. Da der Ort durch die große Schachanlage untergraben ist und dieser Stadtteil eine erhebliche Senkung erfahren hat, kommen sich die Wassermassen in der Nähe des Meisterhauses, dessen Umgebung einem See gleicht. Jeder Verkehr ist unmöglich. Infolge der Erdrutschungen zeigen die Häuser große Risse, und die Schachbemalung hat sich gezwungen geschen, die Bewohner zum baldigen Verlassen der Wohnung aufzufordern. Es ist zu befürchten, daß der gekürzte Stadtteil eines Tages vom Erdbeben verschwindet. Weitere Senkungen würden an der Löbauer Linie Stollberg-St. Egidien konstatieren. Es wird mit allen Kräften daran gearbeitet, weitere Senkungen zu verhindern.

Gericht und Haltenkreuz

(Bürgerl. Meldg.) Berlin, 28. Juni. In der vergangenen Woche hatte der Vorsitzende einer Schöffenkammer Dr. Friedländer den Reichstagsabgeordneten Major a. D. Henning in eine Ordensstrafe genommen, weil Henning im Gerichtssaal mit einem Haltenkreuz erschienen war und dieses auf Verlangen des Vorsitzenden nicht ablegte. Der Reichsbeauftragt des Verlags hatte darauf Dr. Friedländer wegen Besangenheit abgelehnt. Das Landgericht S. das über den Ablehnungsantrag zu entscheiden hatte, hat nunmehr das Gefüllt-Saitgegeben mit der Begründung, daß wohl ein in auffälliger Weise getragenes Haltenkreuz der Würde des Gerichts nicht entspreche und darum abzulegen sei. Der Richter habe aber in diesem Falle an seine Aufforderung, das Haltenkreuz abzulegen, leidenschaftliche politische Ausführungen gefügt (1), so daß ein Mißtrauen des Richters bestreift sei.

„Leidenschaftliches“ Eintreten für die Republik also ist ein Zeugnis für Besangenheit! Die Begründung macht weniger dem juristischen Scharfstein als der juristischen Auslegekunst alle Ehre. Wer erinnert sich nicht des Feigner-Prozesses, wo politische und persönliche Gegner des Angeklagten für nichtbefangen erklärt wurden? Das Urteil war dann auch danach! Im Sinne der neuen „Rechtsordnung“ ist also bestangen der Richter, der republikanische Gesinnung hat; so was ist offenbar unter der richterlichen Standeswürde! Wir hoffen, daß der republikanische Richterbund zu diesem freveln Spiel mit der Würde der deutschen Republik energisch Stellung nimmt und da nicht versagt, wo die Republik selbst leider so vollkommen versagt hat.

Die Opfer von Gloggnitz

Die Gesamtzahl der Opfer des Gebirgssturms bei Gloggnitz ist bis zur Stunde noch nicht festgestellt. Die Zahl der Toten dürfte 20 bis 30 betragen, von denen 23 geborgen sind, während ungefähr 8 Arbeiter noch in der Tiefe eingeschlossen sind. Man befürchtet, daß es nicht mehr gelingen wird, die eingeschlossenen Bergleute zu retten.

Das Unglück ereignete sich durch Einsturz einer Sicherungsmauer, die zur Abdämmung giftiger Gase errichtet war. Große Mengen giftiger Gase standen in den Schächten, in dem ungefähr 70 Bergleute arbeiteten. 40 von diesen konnten sich rechtzeitig retten und ins Freie flüchten; sie alarmierten die Bewohner der Umgebung. Die Feuerwehr von Gloggnitz erschien alsbald an der Unglücksstätte, konnte jedoch infolge Unwesen des Direktors und des Betriebsingenieurs ein leich gemäßiges Rettungswerk nicht in Angriff nehmen. Von dem sofort verständigten Grünbacher Bergwerk wurde eine Rettungsexpedition entsendet, die gegen 4 Uhr nachmittags eintraf und sogleich an der Bergung der Verunglückten arbeitete.

Vor dem Eingang der Grube spielten sich den ganzen Nachmittag über erschütternde Szenen ab. Unter den verunglückten Bergleuten befand sich eine große Anzahl von Familienvätern, so u. a. ein Vater von sechs unverjüngten Kindern, der noch in der Grube eingeschlossen ist und als tot gelten muß. Bei einigen der Gehornten hatten Wiederbelebungsversuche Erfolg.

Oper am Albertplatz

vom 1. bis 4. Juli, abends 1/2 Uhr,

in völlig neuer Einstudierung

Der Freischätz

von Carl Maria v. Weber. Orchester: Dresden Philharmonie.

Volkstümliche Preise!

Karten im Vorverkauf an der Theaterschänke von 10—12 und ab 5 Uhr sowie im Invalidendank, im Residenz-Kaufhaus, bei der Konzertdirektion P. Ries, Seestraße, im Phönixhaus, Römischi, Waisenhausstraße. Telephonische Bestellungen 10871. — Für die Mitglieder des Bühnen-Volksbundes Entnahmen der Karten nur in der Geschäftsstelle des Bühnen-Volksbundes im Albert-Theater.

115

JULI

1. Dienstag
2. Mittwoch
3. Donnerstag
4. Freitag
5. Sonnabend
6. Sonntag
7. Montag
8. Dienstag

Sensations-Verkauf

Der riesige Bedarf unserer Einkaufsgemeinschaft mit ihren eigenen Einkaufshäusern an den maßgebendsten Fabrikations- und Handelsplätzen versetzt uns in die Lage, riesige Vorteile zu holen.

Wollstoffe

| | |
|---|-------------|
| Wollstoffe , 110 cm br., prachtv. neuest. Streif. f. Röcke u. Kleider, in schwarz, marine und braungründig, nur Mtr. | 3.25 |
| Cheviot , 130 cm br., pa. reinwoll. Qual., für Kostüme, in marine, schwarz, dunkelgrau, braun, sand nur Mtr. 4.75, | 3.50 |
| Batist , pa. reine Wolle, etwa 95 cm br., prachtv., weichfließend. Kleiderware, in hübsch. Farben, auch weiß, nur Mtr. | 3.90 |
| Popeline , prima reine Wolle, prachtv. Qual., f. leichte Sommerkleider, in 18 versch. Farb., etwa 105 cm br., nur Mtr. | 4.25 |
| Rockstoffe , 100/105 cm breit, prima reine Wolle, wunderbare Streifen u. Schotten . nur Mtr. 6.25, 4.90, | 3.90 |
| | |
| Streifen-Karos , 105 cm breit, prima reinwoll. Qualitäten, in Serge, Popeline, Cheviot | |
| Serie I Serie II Serie III | |
| nur Mtr. 3.50 4.50 8.50 | |
| | |
| Donegal , 130 cm br., prakt. u. beliebt. | 3 |

| | | |
|---|-----------------------|------------|
| Stoff für Sportkostüme . | nur Mtr. | 3.2 |
| Donegal, 140 cm breit, schwere, reinwollene Qualitäten, evtl. f. Herrenanzüge | nur Mtr. 7.50, | 5.7 |
| Woll-Trikot, 140 cm br., prima reine Wolle, in modernsten Farben, teils gemustert | nur Mtr. 9.50, | 7.2 |
| Kostüm-Stoffe, 130 cm br., nur Neuheiten der Saison, Jacquard, Rips, Cotele Marocain, Streifen | | |
| Serie I Serie II Serie III Serie IV | | |
| nur Mtr. 3.90 6.25 11.75 12.75 | | |

Sämtliche
Herren-Stoffe mit **20** Prozent
(außer blau)
prima Qualität modernste Ausführungen

Seidenstoffe

| | | |
|---|------------------|------|
| Kunstseiden-Trikots, 140 u. 175cm breit, in prachtvollem Farbensortiment. | Mtr. 9.75, | 8.90 |
| China-Kreppe, 100 cm breit, schöne weichließende Qualität. | Mtr. | 7.50 |
| Shantung — Rohseide — 85 cm breit, für Kleider, Blusen, Röcke, Oberhemden | Mtr. 8.50, 6.90, | 5.75 |
| Crepé Marocain — Seide mit Wolle —, 100 cm br., wunderbare neueste Druck-Muster | Mtr. | 9.50 |

Sehr billige Angebote in den Abteilungen: Leinenstoffe, / Stoffe aus / Herren- und Damenschmuck

Handschuhe

| | |
|---|------|
| Damen-Handschuhe , gute Zwirnqualität, auch Flor, weiß, schwarz und gelb | 75 |
| Damen-Handschuhe , Leinenzwirn und Zwirn mit Seidenglanz mit eleganten Aufnähten | 1.20 |
| Damen-Handschuhe , Leder-Nahahmung in Riegelform | 1.40 |
| Damen-Handschuhe , pa. Leinen, 2 Druckknöpfe, moderne Sommerform | 1.60 |

Stimmenfe

| Strümpfe | |
|---|-----------|
| Damen-Strümpfe, schwarz und lederfarbig, verstärkte Ferse und Spitze | Paar 45 |
| Damen-Strümpfe, prima Seiden- flor, schwarz u. viele Mødefarben, Doppelsohle u. Hochferse . | Paar 98 |
| Damen-Strümpfe, prima Mako, schwarz, viele Mødefarben, Doppel- sohle und Hochferse . . | Paar 1.10 |
| Herren-Socken, Baumwolle, gute Qualität | 65 |

Ba&de-Wäsche

| | |
|--|--------------|
| Frottier-Handtuch , weiß mit roter Kante, bewährte Qual., 45×90 cm | 1. 1.10 |
| Frottier-Handtuch , Jacquard, weiß mit bunter Kante, vorzügliche Qualität 47×100 cm | 1. 1.75 |
| Frottier-Handtuch , extra schwere weiße Qualität 50×110 cm | 1. 1.85 |
| Frottier-Handtuch , schwerste weiß. Zwirn-Qual., m. prachtv. bunt. Jacquard-Kant., 50×110 cm, 50×100 cm | 2. 2.75 |
| Bade-Laken für Kinder, gute Qual., 80×80 cm | 1. 1.90 |
| Bade-Laken , prachtvolle, schwere weiße Jacquard-Qual., 100×150 cm | 5. 5.90 |
| Bade-Laken , schwere wfl. Kräuselstoff-Ware 150×200 cm | 9. 9.75 |
| Bade-Laken , Jacquard, erstkl. Qual., weiß m. br. farb. Rand, sow. durchw. farb. 145×200 cm, 100×150 cm, 100×100 cm | 14. 14.50 |
| | 7. 7.00 |
| | 4. 4.00 |

Stickereien

| | |
|--|--------------|
| Stickereien , gute kräftige Ware, hübsche Muster, Streif. von 4½, Mtr. 125, 110, | 95. |
| Stickereien , za. 7 cm breit, mit passenden Einsätzen, elegante Musterstellungen, Streifen von 4½, Mtr. | 1.90. |
| Stickereien , i. Madapolame u. Batist, 10 cm breit, m. passenden Einsatz, beste Hardware, erste Qualität, la Ausführung, Streifen v. 4½, Mtr. | 4.25. |
| Stickereien , kräftige gedieg. Ware, 8—10 cm breit, Loch- und Blumenmuster, Streifen v. 2½, Mtr. 2.30, 195, | 1.50. |
| Rock-Volants , za. 30 cm breit, breite, geschmackv. Stickerei, Mtr. | 1.45. |
| Stickerei-Volants , za. 70 cm br. reiz. Muster, besond. geeignet für Tauf- und Kinderkleidchen, Mtr. 6.95, 4.95, | 3.75. |
| Stickereien , kräft. Qual. u. allerbeste Ausführ., Loch-, Blumen- u. Gittermuster für Leib- und Bettwäsche, Mtr. 135, 98, 65, 35, 22, | 18. |
| Hemdenpassen mit Stickerei-Vorderteil . . . mit eleg. Stick. od. Klöppelsplitz. | 35. |

JULI

Wochen-Verkauf

Um allen Kreisen des Publikums die Möglichkeit des Einkaufs zu geben, haben wir uns entschlossen, unsere Angebote so zu stellen, daß jeder kaufen kann.

Mäntel, ja Covercoat und Strihware, sowie aus Noppenstoff, in Gürtel-, Binde- und Frauenformen, teils mit reicher Biesen- und Lacetspitze, in allen Größen vorrätig

Serie I II III IV V VI

nur 4.90 7.75 13.50 19.50 25.- 35.-

Mäntel, ja Tuch, Rips und Gabardine in vielen hellen und dunklen Farben, moderne Formen, ja Qualitäten und ersklassige Verarbeitung

Serie I II III IV V

nur 19.50 25.- 35.- 48.- 65.-

Mäntel aus imprägnierten Stoffen, Baumwolle und Wolle, weite Gürtelformen, teils mit aufgesetzten Taschen und Sattel, für Reise, Sport und Straße

Serie I II III IV V

nur 13.50 19.50 29.- 89.- 45.-

Gummimäntel, ja Qualitäten, teils reine Wolle und Seide, weite Gürtelformen, in vielen Farben und allen Größen vorrätig

Serie I II III IV V

nur 19.50 29.- 37.50 39.- 55.-

Sommermäntel Alpaka, Eoliene schwarz, teils reine Seide, solide schöne Frauenformen, teils Originalmodelle auf Seide gefüttert

Serie I II III IV V

nur 13.50 19.50 25.- 39.- 55.-

Lederomäntel und -Jacken, zweiteilig zu tragen, auf brauner Fütterung, feste Formen, mit aufgesetzten Taschen

Serie I II

nur 29.50 23.50

Sportjacken, ja Flausch u. Tuch, in viel. hell. Farb., sowie Windjacken z. wasserd. Zwartstoff

Serie I II III

nur 9.75 19.50 25.-

Mäntel

Modell-Konfektion

Jackenkleider

Der Preisabbau für unsere erstklass. Modelle ist beispiellos. Trotz Geldnot dürfte es bei diesen Preisen mögl. sein, alle Wünsche in Bezug auf Anschaffung von Kleidungsstücken zu befriedigen

Serie I Serie II Serie III Serie IV

95.- 125.- 155.- 195.-

Blusen, Voile, Opal, Mussel, Zeph., Hemd-Kimonof., teils m. lang. Arm. u. Jabots, ja Verarb., viel. Farb., Form, all. Größ. vorrätig

Serie I II III IV V VI VII

nur 1.95 2.95 3.95 4.75 6.50 8.75 11.50

Blusen, ja Kunstseidentr., in einfarb. u. bunt. Malerei, sow. bedruckt, Waschblusen, feste jugendl. u. nette Frauenformen

Serie I II III IV V VI VII

nur 2.95 3.95 4.75 6.50 8.75 11.50 15.-

Blusen in Crepe de chine und Marocain, uni und bunt, teils Kimono, teils Jabotform

Serie I II III IV V

nur 19.50 27.50 33.- 39.- 45.-

Backfisch-Mäntel, nur neuste Formen, ja Stoff-Qualitäten, in Donegal, Tuch, Covercoat, Rips

Serie I II III IV V

nur 9.75 17.50 29.- 39.- 55.-

Backfisch-Kleider in Voile, Musselin, Krepon und Frotté, in weiß u. schön. Ausmust., feste Form. u. Ausführ.

Serie I II III IV V

nur 6.30 8.50 11.- 13.50 18.50

Hutformen, hell und farbig, teils echte Liseret-

formen nur 5.90, 3.50, 1.90

Damenhüte, feste Glodenform, viele Farben, mit Band und Crepe marocain garniert. 5.90

Kostümröcke aus soliden Stoffen, praktisch für Haus, Reise und Sport

Serie I II

nur 1.95 2.95

Kostümröcke, pa. reinwoll. Cheviot-, Kammgarn-, Donegal- und Gabardine-Stoffe, einfarbig sowie schöne moderne Streifen

Serie I II III IV V VI

nur 4.90 5.75 7.75 9.75 12.50 15.-

Kostümröcke, Frotté, im schönen hellen und dunklen Streifen und Karos

Serie I II III

nur 4.90 5.90 7.75

Mädchen-Mäntel in Covercoat, Tuch, Rips, Donegal und Cheviot, viele Farben und reizende Formen

Serie I II III IV V

Gr. 60 nur 5.50 7.50 9.50 12.50 16.-

Mädchen-Kleider, ja Voile, Musselin, Frotté, auch Kielerform, in den verschiedensten Wasch-Stoffen

Serie I II III IV V

Gr. 60 nur 3.50 5.- 7.50 10.- 13.-

Unterröcke in gestreiften Baumwollstoffen, Leinen und Siamosen

Serie I II III IV V VI

nur 1.95 2.95 3.95 4.90 5.90 6.90

Unterröcke in Satin, uni und bedruckt, in schönen Mustern

Serie I II III

nur 4.95 5.90 6.90

Unterröcke, kunstseidener Trikot, Duchesse, viele Farben sowie bunt bemalt

Serie I II III IV V

nur 11.50 14.50 16.50 22.50 25.-

Baby-Mäntel, prima Cheviot-, Donegal-, Covercoat- und Tuch-Stoffe, reizende Macharten

Serie I II III IV V

Gr. 45-60 nur 4.75 6.50 9.50 12.- 15.-

Baby-Kleider in Voile, buntem Musselin u. Leinen, entzückende Muster, niedliche Formen

Serie I II III IV V

Gr. 45-60 nur 1.95 3.50 5.50 9.50 13.50

Damenhüte, Liseret, Gloden, vorn aufgeschlagen, mit flotter Bandgarnitur. 7.50

Damenhüte, große helle Tagal- und Florentinerhüte, mit Band und Blumengarnitur. 9.50

Seidentrikot-Mützen . 1.95

Basken-Mützen . 5.25

Leinen-Südwester . 3.90

Weisse Mützen . 11.90

Kinder-Backfisch-Hüte 2.50

Damen-Putz

Ausberg

Für die Kampf-Spiel-Woche



| | | |
|--|--|---|
| Sporttrikot für Leichtathleten, feine, weiße zweifärbige Qualität von M 198 | Sportshosen aus Leinen, feine Ausführung von M 115 | Schlagbälle , solide Verarbeitung, prima Qualität von M -95 |
| Sporttrikot für Leichtathleten, mit bunter Rante von M 225 | Sportshosen aus Leinen, stärkere Ausführung, prima Verarbeitung von M 145 | Turnschuhe , grau Leinen, Chrom, solide, saubere Verarbeitung von M 325 |
| Sporttrikot für Fußballer, in solider Qualität von M 295 | Sportshosen aus Satin, verschiedenfarbig, prima Qualität von M 250 | Rennschuhe , beste Fabrikate, großer Stahlbogen, feinstes, sportiges Arbeit, von M 850 |
| Sportshosen für Fußballer und Leichtathleten, Trikot von M 150 | Sportabzeichen in großer Auswahl und verschiedener Qualität, von M -45 | Fußballschuhe , große Auswahl, alle Größen, Chrom u. Kindeleber, von M 1150 |
| Speere, Disken, Stoßkugeln, Fußbälle, sämtliche Bekleidung usw. in größter Auswahl und Preiswürdigkeit | | |

Unsere Kredit-Abteilung bietet erleichterte Zahlungsbedingungen / Auskunft: Rechnungs-Abt., I. Stock



(Musterschutz)

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

(Musterschutz)

Molkereiprodukte

und sonstige Lebensmittel von bester Beschaffenheit

50 Verkaufsstellen

DREMA-A.-G.

Dresden-A., Würzburger Strasse 9 — Telephon: 40223 und 40323

für Gewinnung
Herstellung u. Vertrieb
von Lebensmitteln

50 Verkaufsstellen

Trinkt die vorzüglichen Deutschen Biere

aus der
Ersten Genossenschaftsbrauerei Dresden
Interessengemeinschaft mit der Schwerter-Brauerei A.-G., Meissen

Skaufen Herren- u. Damenstoffe
billiger günstig bei
Sie Tumawa G. m. b. H. Dresden-A., Marshallstr. 31

Geschäftliche Rundschau mit Dauerfahrplan

Musterschutz B Ohne Gewähr

Absfahrt der Züge von Dresden (Hauptbahnhof) nach Vorortzüge bis Tharandt: 3.30, 5.25 (w.), 5.47, 6.23, 7.04 (n. Possendorf), 7.19, 8.53, 9.10, 9.42, 10.35 (nach Possendorf), 11.55, 12.15, 1.02 (nur a. L. W. j. W.), 1.14, 1.55 (n. a. L. W. j. W.), 2.05 (n. Possendorf), 2.19 (w.), 3.32, 3.54, 4.17 (w.), 4.26 (w.), 4.46, 5.00 (w. n. Possendorf), 5.32 (w. auf a. L. W. j. W.), 5.42, 6.18 (w. auf. am a. L. W. j. W.), 6.26, 6.35, 7.22, 9.10 (nach Possendorf, und a. L. W. j. W.), 9.30, 10.00, 10.55 (nach Possendorf, n. f. u. Mittw.), 11.20, 12.37.

Possendorf: 7.04, 10.35, 2.05, 5.06 (w.), 9.10 (nub. f. u. Mittw.), 10.55

Inserate Dresdner Volkszeitung

den größten Erfolg.

Verkauf nur an Wiederverkäufer
Spinn- und Webwaren-Gesellschaft
m. b. H. Walpurgisstraße 2, am Ferdinandplatz,
Telephon 11 278 — Baumwollwaren aller Art —
Ergos-Fabrikation — Export

G. Mehnert

Mühle und Brotbäckerei, Hainsberg i. Sa.
Fernsprecher Amt Freital Nr. 96



Kopf spricht zu Hand:
Willst saubre Arbeit De und
hohen Lohn,
Nimm Werkzeug nur von
Hecker's Sohn
Dresden-N., Löhrerstraße 1/2

Grosshandels-Gesellschaft
Marzina G. m. b. H.
Lebens- und Genussmittel an groß
Nur für Wiederverkäufer
Dresden-N., Kamenziger Straße 5
Telephon 22 488

Markenfahrräder

gelöste Ware, in bester Luxus-Ausführung, nur prima Qualität, mit schriftlicher Fabrikgarantie

Herrenfahrräder mit Freilauf M. 125.—
Damenfahrräder mit Freilauf M. 130.—

Fahrrad-Grossvertrieb Emil Zochert
Dresden-Altstadt, Freiberger Straße 45 / Tel. 20307

Katz & Leiser

Reitbahnstraße 26

Tuche und Schneider-Artikel

M. Rath, Grosse Brüdergasse 10, I.

Herren-Anzüge, Peletots, Gymnastikanzüge
Kreuz-, Wind- und Sommerjacken usw.
— Bitte auf Hausnummer zu achten —

Putztücher

mit und ohne Einwebung

Otto Pretsch G. m. b. H.

Kleidungsgewerbe, Kleine Plauensche Gasse 45/G. Tel. 14 806

STERNRING



MARGARINE

Gold überall erhältlich.

Jede Hausfrau versucht die neue

Sternring-Gold-Margarine

der Dresdner Speisefettfabrik, A.-G., Dresden-Döllzschen.

Telephon Nr. 42 721 und 48 485.

Generalvertreter: Berndt & Kunzmann, Ostra-Allee 26. — Telephon 11 803

Fernsprech-Anlagen jedes Systems

Vollautomatische Anlagen — Reihenschaltungs-Anlagen
Glühlampen-Zentralen — Haustelephon-Anlagen
in höchster Vollendung in Kauf und Miete führen aus

Dresdner Privat-Telephon-Gesellschaft, G. m. b. H.

Fernspr.-Sammel-Nr. 25607

Dresden

Trompeterstraße 14

Auskünfte und Ingenieurbesuche kostenlos und unverbindlich

